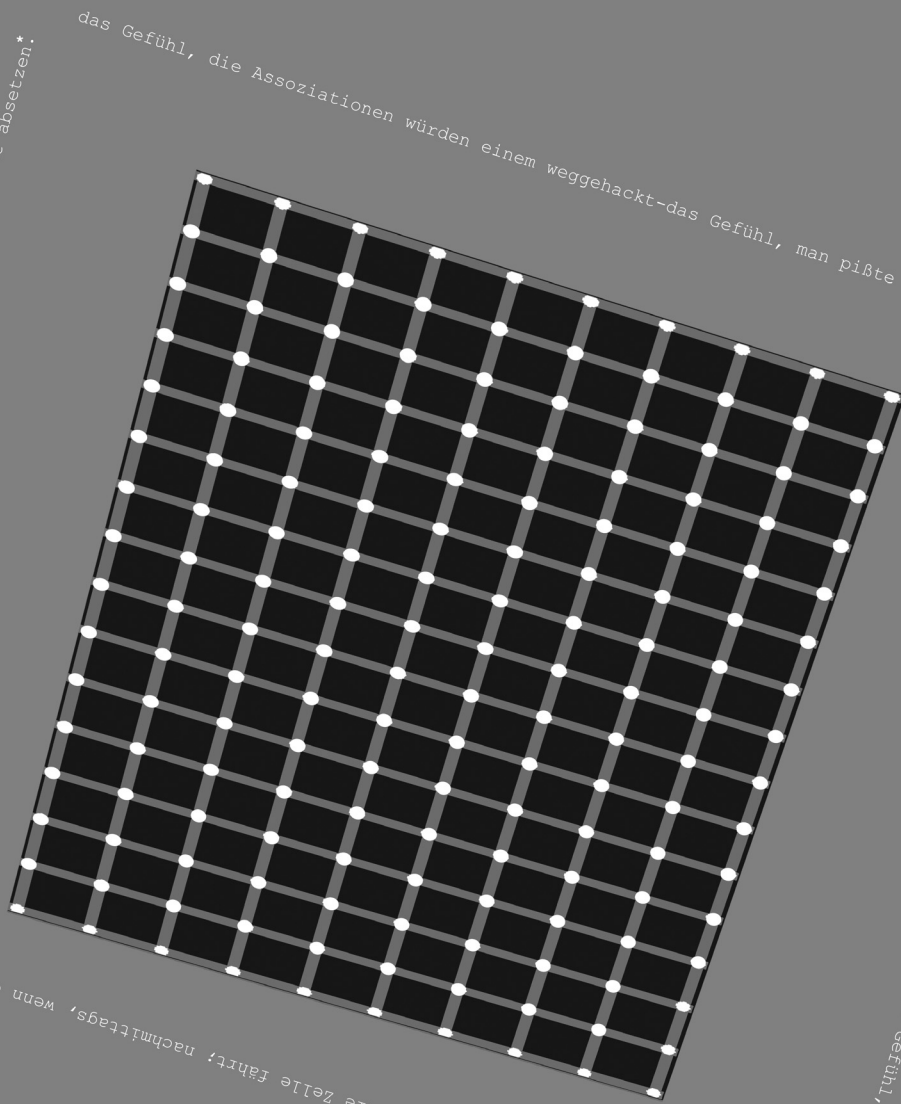


# SYLVESTER ZUM KNAST

## Yeni Yılda Cezaevindeki Yoldaşlarla Hep Beraber FREEDOM FOR ALL PRISONERS



das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt-das Gefühl, man pißte sich die Seele

bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen\*

aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann-das Gefühl, die Zelle

Fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf; die Zelle fährt; nachmittags, wenn die Sonne reinscheint,

31/dec/05

23.15h

Ubhf Turmstr./Hertie

Para una sociedad sin establecimientos represivos

Demonstration to the jail Moabit

informaciones/information/enformasyon :  
www.arap.so36.net

# Knast und Repression – eine Bestandsaufnahme

Im strafrechtlichen Diskurs der meisten Länder tritt die Resozialisierung als Ziel des Strafvollzugs immer mehr in den Hintergrund. In fast allen öffentlichen Medien und politischen Diskussionen und Debatten kann mensch von einem Wechsel zur Sicherheit vor angeblichen Straftätern lesen und hören. Am deutlichsten hat dies Tony Blair, Ministerpräsident von Großbritannien, ausgedrückt, der ein "Ende der Kuschelzeit mit dem Täter" verkündete und alle Resozialisierungsprogramme als 68er Fehler bezeichnete. Diese Sicherheit, so wird suggeriert, soll nur durch Überwachung und vorbeugende Strafmaßnahmen zu erhalten sein.

Anschläge wie in New York, Madrid und London und von den Medien spektakulär vermarktete Sexualdelikte, bzw. Morde oder Ausschreitungen nach einem Fußballspiel, machen es dann leicht, Einschränkungen der persönlichen Freiheit und härtere Gesetze durchzusetzen.

## Knast in Deutschland

Nach einer Untersuchung des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen glauben die Menschen in Deutschland, dass die Zahl der Morde zwischen 1993 und 2003 um 27% zugenommen hat und die Zahl der Sexualmorde um 260 % gestiegen sei.

Mit der Realität haben solche Zahlen wenig zu tun. Laut Kriminalstatistik geht die Zahl der Morde seit Jahren zurück, bei den registrierten Sexualmorden und Sexualmordversuchen sank die Zahl zwischen 1981 und 2004 von 81 auf 26 Fälle. Trotzdem werden seit Ende der 90er Jahre die Gesetze kontinuierlich verschärft.

Inzwischen gibt es die nachträgliche Sicherungsverwahrung, ein härteres Sexualstrafrecht, ein neues Maßregelvollzugsgesetz. Konnte mensch früher noch probeweise aus dem Maßregelvollzug entlassen werden, ist dies heute nur noch möglich wenn "zu erwarten ist, dass der Untergebrachte...keine rechtswidrigen Taten mehr begehen kann"

Da diese Vorlage unmöglich zu erfüllen ist, sind zurzeit mehr als doppelt so viele Menschen wie Anfang der neunziger Jahre im Maßregelvollzug. Nach Ansicht eines Professors der forensischen Psychiatrie der Uni Göttingen kommt die neue Praxis einer "versteckten, unbefristeten Sicherungsverwahrung gleich".

Der Bundesrat hat im September dieses Jahres eine Änderung des Strafvollzugsgesetzes vorgeschlagen. Danach soll den Ländern die Möglichkeit gegeben werden, "Strafgefangene in angemessenem Umfang an den Kosten für ihre Gesundheitsfürsorge zu beteiligen". Die Bundesregierung hat dies als nicht notwendig abgelehnt, Gefangene müssen z.T. schon lange für Zahnersatz und vieles andere bezahlen. Gegen die vom Bundesrat geforderte Kostenbeteiligung von Patienten im so genannten Maßregelvollzug hat die Bundesregierung hingegen keine Bedenken.

In Berlin wird der Maßregelvollzug in Berlin-Buch und in Berlin-Reinickendorf (auf dem Gelände der Karl - Bonhöfer - Nervenklinik) durchgeführt.

In Brandenburg laufen zurzeit Verhandlungen zur Privatisierung der psychiatrischen Landeskliniken und des Maßregelvollzugs. Vom Verkauf der psychiatrischen Landeskliniken und des Maßregelvollzugs erhofft sich das Land dem Vernehmen nach eine zweistellige Millioneneinnahme. Brandenburg finanziert nach Angaben der "Märkischen Allgemeinen" gegenwärtig 245 Plätze in den drei Maßregelvollzugsanstalten Eberswalde (Barnim), Brandenburg/Havel und Teupitz (Dahme- Spreewald).

Von den Richtern werden seit einigen Jahren immer höhere Urteile verhängt. In den vergangenen drei Jahren stieg die Zahl der Häftlinge von 64.533 auf 81.166.

Die Knäste sind, laut Justizministerium, zum Teil bis zu 36% überbelegt.

Als Antwort darauf werden aber nicht, wie Anfang der 1980er, Strafen erlassen, zurückgestellt oder unterbrochen, sondern es sollen mehr Knäste gebaut werden.

Die meisten der neuen Gefängnisse sollen in Private -Public-Partnership gebaut werden. Dazu wurde dieses Jahr ein Gesetz erlassen, das solche "Partnerschaften" regelt und erleichtert. Diese Gesetzesänderung war nötig, weil es in Deutschland rein rechtlich nicht möglich war, die Gefängnisse so einfach zu privatisieren.

Als Modelprojekt gilt dabei der Knast in Hünfeld.

Nach einer Planungs- und Bauzeit von vier Jahren wurde das Gefängnis im November eingeweiht, im Januar sollen die ersten Gefangenen eingeliefert werden. Die Einsparungen durch die Teilprivatisierung belaufen sich angeblich auf jährlich 15 Prozent bzw. 660.000 Euro.

Mit der höheren Zahl an Gefangenen wird auch das Geschäft mit der Knastarbeit immer lukrativer. Mittlerweile sind fast alle Knäste entweder im Internet vertreten und verkaufen ihre Produkte dort, oder haben eigene Läden und Werkstätten die Verkaufstage haben. Die Firma Herr Ledesi, die mit der Vermarktung von Prison Wear bekannt wurde, verkauft die Produkte jetzt europaweit und arbeitet auch mit den britischen Behörden zusammen. Die Firma ist ziemlich berühmt geworden durch die Vermarktung von Zwangsarbeitsprodukten und hat für die Website und die Plakate etliche Designerpreise gewonnen. Die Adresse ist immer noch Mehringdamm 60.

## Europa

Im Mai wurde in Prüm der Schengen III Vertrag unterzeichnet. Darin wird innerhalb der EU der Zugang zu Dateien mit Fingerabdrücken, DNA, usw. erleichtert, die Strafverfolgung auch über die Grenzen hinaus wird erlaubt.

Ein weiteres Thema war die "öffentlichen Ordnung bei Großveranstaltungen und Protesten".

Beschlossen wurde, während der WM 2006 oder bei EU- und G8-Gipfeln enger zusammenzuarbeiten. Im Rahmen dieser "engen Zusammenarbeit" wurde festgelegt, Menschen die entweder in der sog. Hooligan-Datei oder als politisch aktive Menschen bekannt sind, Ausreiseverbote und Meldeauflagen zu erteilen.

Hooligans sind für die deutschen Behörden (aber auch in vielen anderen Ländern) mittlerweile zu einer wichtigen "Tätergruppe" geworden. Wichtig im Sinne ihrer Repressionstaktik, da die Hooligans, wie Junkies, Punks oder Obdachlose nicht wirklich über eine Lobby verfügen, und viele Übergriffe und Angriffe auf diese deshalb nicht unbedingt registriert werden. Nur in besonders extremen Fällen, wie z.B. bei dem Prügeleinsatz des SEK in der Disco "Jeton" in Berlin, wird Repression in den Medien thematisiert.

Deshalb reagiert auch niemand auf die Ausreiseverbote, die gegen diese verhängt werden.

Das ein Gesetz nicht auf einzelne Gruppen angewandt wird, konnten politische Aktivistinnen dann bei den Protesten zu den G8 - Gipfeln selbst zu spüren bekommen.

2001 z.B. konnte mensch bei den Reiseverboten zu dem Gipfel in Genua erfahren, das es, laut dem Berliner Innensenator Körting "kein Grundrecht auf Ausreise" gibt.

Die Ausweisung der Betroffenen wurden für 10 Länder gesperrt. Als Rechtsgrundlage diente das Passgesetz, das 2000 entsprechend verschärft wurde. Danach können Reisebeschränkungen

in die Pässe von bekannten »Gewalttätern« eingetragen werden, sofern eine »erhebliche Gefährdung von Belangen der Bundesrepublik« vorliegt. Wer auferlegte Beschränkungen missachtet, muss mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr rechnen.

Sportliche Großereignisse wie die Fußball-WM 2006 werden zunehmend zu einem Testfeld neuester Sicherheitstechnik. Dies war bei den olympischen Sommerspielen 2004 in Athen der Fall und dies ist faktisch auch mit dem Sicherheitskonzept WM 2006 geplant.

Dazu gehören u.a. die Verwendung von RFID -Chips statt Strichcodes auf WM -Tickets, die Preisgabe persönlicher Daten wie Name, Alter, Anschrift, Pass- oder Personalausweisnummer für das Kaufen eines Tickets, sowie Videoscreening an öffentlichen Plätzen, teilweise mit computer-gesteuerter Gesichtserkennung.

Ob diese Kameras nach der WM wieder abgebaut werden, wurde bei mehreren Anfragen durch Fanclubs bei Parteien und dem Bundestag nicht beantwortet.

Ausschreitungen während der WM sollen "mit allen Mittel verhindert werden", unter dem Motto " null Toleranz " wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen (direkte Ansprachen durch die Polizei, Stadionverbote, Reiseverbote, Meldeauflagen, usw.). "Ausländische Hooligans" sollen bereits an der Ausreise gehindert werden. Allerdings hat nur GB ein entsprechendes Gesetz, dass dort 2000 eingeführt wurde. Deshalb wurden, noch von Schily , Schritte unternommen um in der EU die Reisefreiheit aufzuheben und wieder Grenzkontrollen durchzuführen.

### Administrative Inhaftierung

Zugenommen hat nach dem 11. September 2001 die Zahl der Länder die Menschen ohne Urteil und ohne Beweise inhaftieren.

Administrative Inhaftierung oder vorbeugende, unbegrenzte Haft gab es schon vor den Anschlägen und dem weltweiten „Krieg gegen Terror“, z.B. wurden IRA Verdächtige in Großbritannien nach Anschlägen oder Riots ohne Begründung inhaftiert, aber nach dem 11.9. 2001 war es leichter, solche Gesetze durchzusetzen.

In den meisten Ländern wurde und wird über vorbeugende Haft diskutiert, in Deutschland seit den 1970er Jahren. Dabei wurden die jeweils betroffenen Gruppierungen zwar immer wieder geändert, gefordert werden aber nach wie vor Maßnahmen um Menschen über längere Zeit und ohne Begründung und Urteil einzusperren, z B. in den Fällen wo es zwar einen berechtigten Anfangsverdacht gibt, die Beweise aber nicht für eine Verurteilung genügen.

Haftgrund ist hier lediglich die Möglichkeit eine Straftat zu begehen. Im Gegensatz zur Sicherungsverwahrung, in der das Einsperren zwar mit zukünftigen Straftaten, aber auf Grundlage begangener Taten begründet wird, fehlt bei der administrativen Haft jegliche "Tat". Menschen die administrativ gesichert werden, befinden sich lediglich im falschen Umfeld, sind befreundet mit den falschen Menschen, gehen in die falschen Moscheen, haben angeblich zu radikales Gedankengut etc, und stehen dadurch in Verdacht eventuell einen Anschlag vorzubereiten.

In Australien geht mensch mit der vorbeugenden Haft besonders weit. Nach dem Ende Oktober vorgeschlagenen neuen Anti - Terrorgesetz ist diese Form der Inhaftierung geheim, also ohne das die Angehörigen oder Anwälte darüber informiert werden. In vielen australischen Zeitungen konnte mensch vergleiche mit den Praktiken der Junta in Argentinien oder Chile lesen. Viele linke Gruppierungen und Bürgerrechtsgruppen befürchten zu Recht, das eine geheime, unbegrenzte Haft zur Folter benutzt werden wird.

In Deutschland hat zuletzt Beckstein von der CSU über eine sog. Sicherungshaft für "islamische Terroristen" diskutiert.

Dass der "Krieg gegen Terror" nur die offizielle Begründung für den allgemeinen Ausbau des Repressionsapparates ist, sieht mensch z.B. in Großbritannien.

Dort war eine der ersten Gruppen, gegen die die neuen Antiterrorgesetze eingesetzt wurden, "Animal Liberation" .

Ihnen wurden Demonstrationen vor den Tierversuchslaboren und vor den Häusern und Wohnungen der in diesen Laboren arbeitenden Leute verboten. Als unerlaubte Ansammlung genügen dabei schon drei Menschen.

In den USA werden die Antiterrorgesetze zurzeit auch dazu benutzt, innerhalb der Knäste die Gefangenorganisationen und -gewerkschaften zu zerstören.

So wird gegen eine Verbindung verschiedener Knastgangs in Kalifornien wegen angeblichen geplanten Anschlägen ermittelt, wobei als Beweismaterial unter anderem herhalten muss, dass zwei der Männer Moslems sind.

Auch gegen die MPLU, eine Gewerkschaft von Insassen der Knäste in Missouri, ermittelt das FBI mit den neuen Gesetzen. Und in Deutschland sind es neben moslemischen Menschen in erster Linie linke Gruppierungen, bei denen die neuen erweiterten Befugnisse fürs Abhören, Überwachen usw. angewandt werden, in Potsdam, Frankfurt/ Oder, ... und vielen anderen Städten.

### Aber..

Schlussendlich kann man feststellen, dass die Gefahr in den Knast zukommen stetig steigt.

Die Wahrscheinlichkeit zu einer Freiheitsstrafe verurteilt zu werden oder auch präventiv eingesperrt zu werden, ist in Europa während der letzten 10 Jahren rasant gestiegen.

Kriminalität wird nicht mehr in einem gesellschaftlichen Kontext betrachtet, sondern als individuelles Versagen und "fehlendes Unrechtsbewusstsein" gesehen.

Es entwickelt sich mehr und mehr ein Disziplinierungswahn, der bis in die Bereiche des Privatlebens eingreift, die Antwort auf so genanntes nichtkonformes Verhalten besteht dabei in Sanktionen und Repression.

Als Beispiel sei hier das Gesetz gegen "antisoziales Verhalten" in Großbritannien genannt.

In diesem Jahr wurde eine Frau zu 20 Tagen Knast verurteilt, weil sie trotz mehrfacher Aufforderung ihren Rasen nicht mähte.

Eine andere Frau musste drei Wochenenden im Knast verbringen, weil ihr Kind nicht regelmäßig die Schule besuchte.

Auch das Pinkeln von Brücken steht unter Strafe, Trunkenheit in der Öffentlichkeit und das Herumlungern an öffentlichen Plätzen wie z.B. Gehwege.

Tragisch dabei ist vor allem, dass der Staat auf die Mitarbeit seiner Bürgerinnen bauen kann.

Es scheint keinen nennenswerten Widerstand gegen diese, unter dem Motto Sicherheit, laufende Normierungskampagne zu geben.

Auch die "radikale Linke" ist still.

Trotzdem oder gerade deswegen, ist es wichtig die Leute, die von Repression betroffen sind zu unterstützen und es wird wichtiger denn je den Knast und andere Zwangsanstalten zu kritisieren und zu bekämpfen.

**Deswegen kommt alle zur Knastdemo am 31.12.05 um den Gefangenen im Knast Moabit unsere Solidarität zu zeigen. Weg mit allen Zwangsanstalten! Für eine Gesellschaft ohne Knäste!**

# Prison et répression : état des lieux

L'idée d'un système pénitentiaire ayant pour vocation de resocialiser les détenu-es est en train de disparaître du discours pénal. Dans la plupart des médias et des discussions ou débats politiques, on constate la mise en avant de la thématique sécuritaire. Tony Blair, Premier ministre anglais, a été on ne peut plus clair en annonçant la « fin du laxisme avec les coupables » et en parlant des programmes de resocialisation comme d'une « erreur de soixante-huitards ».

La sécurité ici évoquée doit être assurée par des mesures de surveillance et des sanctions.

Non seulement les attentats comme ceux de New York, Madrid ou Londres, mais aussi les délits ou meurtres sexuels dont les médias se font écho de manière spectaculaire ou encore les débordements suivant un match de foot offrent des arguments faciles pour imposer des restrictions des libertés individuelles et des lois plus dures.

## La prison en Allemagne

Selon une étude réalisée par l'institut de criminologie de Basse-Saxe, les personnes vivant en Allemagne estiment que le nombre de meurtres en général a augmenté de 27% entre 1993 et 2003 et le nombre de meurtres sexuels de 260%. Ces chiffres ne correspondent aucunement à la réalité. D'après les statistiques de la criminalité, le nombre de meurtres diminue depuis des années et le nombre de meurtres et de tentatives de meurtres sexuels déclarés est passé de 81 en 1981 à 26 en 2004.

Malgré cela, les lois sont durcies de manière continue depuis la fin des années quatre-vingt-dix.

On peut citer comme exemple l'apparition de la peine de sûreté décidée a posteriori, le durcissement de la législation en matière de délits sexuels et le vote d'une nouvelle loi sur l'incarcération en institution psychiatrique.

Alors qu'autrefois il était encore possible d'être libéré-e en conditionnelle d'une institution psychiatrique en milieu fermé, cela n'est envisageable aujourd'hui que si « il est estimé que la personne incarcérée (...) n'est plus en mesure de commettre des actes illégaux. »

Etant donné qu'il est quasiment impossible de remplir cette condition, le nombre de personnes incarcérées a été multiplié par deux depuis le début des années quatre-vingt-dix. Selon un professeur de psychiatrie légale de l'université de Göttingen, ces nouvelles pratiques ne sont « ni plus ni moins une peine de sûreté illimitée déguisée ».

Le Bundesrat, le sénat allemand, a proposé un changement du droit pénal selon lequel les Länder auraient la possibilité de réclamer « dans une mesure raisonnable la participation financière des détenus aux soins de santé ». Le gouvernement a rejeté cette mesure, la considérant superflue étant donné que de nombreux soins tels que la pose de couronnes sont depuis longtemps à la charge des détenu-es.

A l'inverse, le gouvernement n'a, sur le principe, rien contre une participation financière des patient-es des institutions de psychiatrie en milieu pénitentiaire.

A Berlin, ces institutions se trouvent à Berlin-Buch et à Berlin-Reinickendorf (sur le terrain de la Karl-Bonhöfer-Nervenklinik). Dans le Brandebourg, des négociations concernant la privatisation de l'hôpital psychiatrique du Land et de l'institut pénitentiaire de psychiatrie sont en cours.

Selon la rumeur, le Land espère ainsi encaisser au moins dix millions d'euros.

A l'heure actuelle, le Brandebourg finance selon le „Märkische Allgemeine“ 245 places dans les trois instituts psychiatriques en milieu pénitentiaire situés à Eberswalde (Barnim), Brandenburg/Havel et Teupitz (Dahme-Spreewald).

Depuis plusieurs années, les juges prononcent des peines de plus en plus lourdes. Au cours des trois dernières années, le nombre de détenu-es est passé de 64 533 à 81 166.

D'après le ministère de la justice, la surpopulation carcérale atteint selon les prisons jusqu'à 36%.

La solution choisie par l'Etat n'est cependant pas la même qu'au début des années quatre-vingts où des condamnés ont été graciés, des peines reportées ou suspendues.

Aujourd'hui, la construction de nouvelles prisons dont la plupart sont construites dans le cadre d'une coopération entre l'Etat et des financeurs privés est censée résoudre le problème de la surpopulation carcérale. Une loi réglementant et facilitant ce type de coopération est entrée en vigueur cette année. La prison d'Hünfeld sert de modèle en la matière. Après quatre ans consacrés à la planification et à la construction, cette prison est passée sous contrôle de l'Etat en novembre. La privatisation partielle permettrait de réaliser une économie annuelle de 15% des coûts soit 660 000 euros.

L'augmentation du nombre de personnes incarcérées fait croître, en outre, l'intérêt économique du travail en prison. A l'heure actuelle, la plupart des prisons disposent d'un site internet grâce auquel elles vendent leurs produits ou possèdent leurs propres magasins et ateliers. L'entreprise Herr Ledesi qui s'est fait un nom au travers de la vente des produits de la marque Jail Wear en Allemagne assure aujourd'hui la vente de ces mêmes produits à l'échelle européenne et travaille en coopération avec les autorités britanniques. Cette entreprise a son siège au Mehringdamm 60.

## Europe

L'accord Schengen III a été signé en mai à Prüm. Cet accord contient des clauses facilitant l'accès aux fichiers qui contiennent les empreintes digitales, les prélèvements ADN, etc, au sein de l'Union européenne et permettant les poursuites judiciaires au-delà des frontières nationales. Il traite également de « l'ordre public au cours des grandes manifestations ». Une coopération rapprochée entre pays européens a été décidée pour la coupe du monde de football en 2006 et au cours des sommets de l'Union européenne et du G8. Il a également été décidé que, dans le cadre de cette coopération rapprochée, les personnes fichées comme « hooligans » ou militantes recevront des interdictions de quitter le territoire et l'obligation de se présenter régulièrement à la police.

Les autorités allemandes (et celles de nombreux autres pays) considèrent depuis quelques années les hooligans comme l'un des groupes « sensibles » les plus importants. Important du point de vue de leur stratégie de répression étant donné que les hooligans, tout comme les junkies, les punks et les sans-logis, ne disposent d'aucun lobby les soutenant et que, de ce fait, nombres d'agressions dont ils/elles sont victimes ne sont pas répertoriées. Ce n'est que dans les cas extrêmes, comme par exemple la descente violente du SEK dans la boîte de nuit berlinoise « Jeton », que la répression est thématisée dans l'opinion publique.

C'est pourquoi personne ne réagit face aux interdictions de sortie du territoire qui sont prononcées contre eux. Les militant-es souhaitant se rendre au dernier sommet du G8 purent constater qu'une loi concernant un groupe particulier est souvent étendue à d'autres personnes.

A la suite des interdictions de sortie du territoire prononcées en 2001 à l'occasion du sommet de Gênes, on a pu apprendre que selon Körting, ministre de l'Intérieur de Berlin, la sortie du

territoire ne constitue pas un droit fondamental. L'entrée sur le territoire a été refusée aux personnes concernées dans dix pays différents. La loi sur le passeport, qui a été durci en 2000 dans ce but, a servi ici de base juridique. Cette loi autorise l'inscription de limitations des déplacements dans les passeports de personnes considérées comme violentes à partir du moment où il est estimé que ces personnes « représentent une menace pour la sécurité de la République fédérale ». Jusqu'à un an de peine de prison punit le non-respect de ces limitations.

Les grands événements sportifs tels que la coupe du monde de football en 2006 servent de plus en plus souvent de champs d'expérimentation pour les nouvelles trouvailles sécuritaires. Ce fut le cas au cours des JO d'Athènes et ce sera également le cas lors de la coupe du monde. Ces nouvelles techniques incluent le remplacement des codes barre par des cartes à puce RFID sur les tickets de la coupe du monde, l'obligation de décliner nom, âge, adresse et numéro de carte d'identité pour l'achat d'un ticket ainsi que la surveillance vidéo des espaces publics, accompagnée parfois d'un programme automatique de reconnaissance du visage. Différents clubs de supporters ont eu beau demandé aux partis politiques et au Bundestag si ces caméras seraient démontées après la coupe du monde, ils n'ont toujours pas obtenu de réponse.

Lors de la coupe du monde, les débordements doivent être évités par « tous les moyens ». Les mesures qui ont été prises correspondent à une politique de « tolérance zéro » (interventions directes de la police, interdiction d'accès aux stades, de sortie du territoire, obligation de se présenter régulièrement au poste, etc...). Il est prévu que les « hooligans étrangers/ers » reçoivent une interdiction de sortie du territoire. Cependant, seule la Grande-Bretagne dispose depuis 2000 d'une loi permettant ces interdictions. C'est pourquoi des démarches ont été entamées par Schily afin de lever la liberté de circulation au sein de l'Union européenne et de réintroduire les contrôles aux frontières.

### Emprisonnement administratif

Suite au 11 septembre 2001, le nombre de pays emprisonnant des personnes sans jugement et sans preuves a fortement augmenté.

L'emprisonnement administratif ou détention préventive illimitée existait déjà avant les attentats et la « lutte internationale contre le terrorisme ». Ainsi, en Grande-Bretagne, les personnes soupçonnées d'appartenir à l'IRA étaient emprisonnées sans justification suite à des attentats ou à des émeutes. Les événements du 11 septembre ont toutefois permis de faciliter le vote de lois plus répressives.

Dans la plupart des pays, on réfléchit depuis longtemps à l'utilisation de l'emprisonnement comme mesure de prévention. Cette réflexion a lieu en Allemagne depuis les années 70.

Même si les groupes concernés par ces réflexions ont changé avec les années, les mesures envisagées restent les mêmes, à savoir l'enfermement prolongé sans motif ni procès, particulièrement en cas de soupçons justifiés sans preuves suffisantes pour une condamnation. Le fait que la personne concernée soit susceptible de commettre un crime constitue ici le seul motif d'incarcération. A l'inverse de la peine de sûreté où l'enfermement, même s'il est également justifié par des crimes futurs virtuels, repose sur des actes passés, l'emprisonnement administratif ne repose sur rien. Les personnes qui sont enfermées pour des raisons administratives ont les mauvaises connaissances, se rendent dans la mauvaise mosquée, ont prétendu des pensées trop radicales, etc, et sont soupçonnées pour ces raisons de préparer un attentat.

En Australie, l'emprisonnement préventif prend des proportions démesurées. Suite à la loi antiterroriste votée en octobre, les

personnes peuvent être emprisonnées administrativement sans que ni leurs proches ni leur avocat n'en soient informés. De nombreux journaux australiens ont comparé ces pratiques à celles des dictatures militaires argentine et chilienne. Nombre d'organisations d'extrême gauche et pour le respect des droits humains craignent à juste titre que cet enfermement secret et illimité soit l'occasion de pratiques tortionnaires. En Allemagne, Beckstein (CSU) a évoqué dernièrement la mise en place d'une détention de sûreté pour les « terroristes islamistes ».

Le contexte britannique montre bien que la « lutte antiterroriste » n'est qu'un prétexte officiel pour le renforcement de l'appareil répressif. « Animal Liberation » a été l'un des premiers groupes touchés par les nouvelles lois antiterroristes. Toute manifestation devant les laboratoires effectuant des expériences sur les animaux ou le domicile des personnes travaillant dans ces laboratoires leur a été interdite. Il faut savoir que le rassemblement de trois personnes est déjà considéré comme illégal.

Aux Etats-Unis, les lois antiterroristes servent également à la destruction des organisations et des syndicats de détenu-es. Ainsi, une enquête a été ouverte à l'encontre d'un réseau de gangs de détenus californiens soupçonnés de préparer un attentat. L'une des preuves avancées dans cette « affaire » est le fait que deux des personnes concernées soient musulmanes... Le FBI enquête également contre le MPLU, syndicat de détenu-es des prisons du Missouri, en s'appuyant sur ces nouvelles lois. En RFA, les méthodes d'écoute et de surveillance récemment légalisées sont employées principalement contre les personnes musulmanes et les groupes d'extrême gauche, entre autres à Potsdam et Francfort sur l'Oder.

### Ce n'est qu'un début...

On constate au final que le risque d'être condamné-e à de la prison ferme ou d'être enfermé-e de manière préventive a augmenté de manière drastique en Europe au cours des dix dernières années et continue de croître.

La criminalité n'est plus envisagée dans un contexte social, mais est bien plus considérée comme un échec individuel et est attribuée à « l'absence du sentiment d'injustice ». Une folie disciplinaire qui intervient jusque dans la sphère privé se développe et sanction et répression sont les réponses toutes trouvées face aux comportements dits anormaux. La loi contre les « comportements antisociaux » votée en Grande-Bretagne illustre bien cet état de fait. Au cours de cette année, une femme a été condamnée à vingt jours de prison ferme pour ne pas avoir tondue sa pelouse au mépris de plusieurs relances. Une autre femme a dû passer trois week-ends en prison parce que son enfant n'allait pas régulièrement à l'école. Il est désormais interdit de pisser des ponts, d'être ivre sur la voie publique ou encore de traîner sur les trottoirs.

Là où le bât blesse, c'est que l'Etat peut compter sur la coopération de ses citoyen-nes. Il ne semble en effet pas rencontrer de résistance digne de ce nom dans sa mise en place de campagnes de normalisation placées sous le signe de la sécurité. Même l'extrême gauche reste coite.

Malgré tout ou peut-être à cause de cela, aujourd'hui plus qu'hier il est important de soutenir les personnes victimes de la répression ainsi que de critiquer l'institution carcérale et de la combattre.

**C'est pourquoi nous vous appelons à participer à la manifestation du premier de l'an devant la prison de Moabit et en soutien avec les détenus.**

**Venez nombreux et faites du bruit ! Pour la suppression de toutes les prisons, ici et ailleurs !**

**31.12.2005 - 23h15 - Station de métro Turmstr. / Hertie**

# Prison y Repression - estada de cosas

En el discurso sobre el derecho penal de la mayoría de los países se empezó en los últimos años a dar menos y menos importancia a la reinserción social como meta del régimen penitenciario. En casi todos los medios informativos y discusiones políticas se puede ver un cambio hacia el subrayar la seguridad de la sociedad contra supuestos criminales.

Tony Blair el primer ministro de Inglaterra lo dijo muy claro cuando hablaba del final "del tiempo fácil" para presos y llamaba todos los proyectos de reinserción social «errores de los años 68».

Quiéren que la gente crea, que sólo por vigilancia y medidas penales preventivas se puede establecer esta seguridad.

Ataques como los de Nueva York, Madrid y Londres, delitos o asesinatos sexuales espectacularmente comercializado por los medios, disturbios p.e. después del fútbol, facilitan a imponer las restricciones de la libertad individual y legitimar leyes más duras.

## Prisión en Alemania

Según un estudio del instituto de investigación criminológico de Bajo Saxonia la gente en Alemania cree que el número de asesinatos hubiera aumentado entre 1993 y 2003 por 27% y el número de asesinatos sexuales por 260%.

Esto no tiene nada que ver con la realidad. Según la estadística criminal el número de asesinatos está bajando desde hace años. El número de los asesinatos sexuales cumplidos e intentados registrados bajó entre 1981 y 2004 de 81 a 26 casos por año.

Sin embargo hay desde los años noventa leyes más y más severas. Hoy en día hay el « encarcelamiento para la seguridad » (Sicherungsverwahrung) posterior, un código penal de delitos sexuales más duro y una nueva ley del Maßregelvollzug. Antes la gente podía dejar a modo de prueba el Maßregelvollzug pero hoy eso solo es posible si "se espera que el alojado nunca va a cometer ningún acto criminal". Debido al asunto que esto es imposible de cumplir hoy en día hay más que el doble alojados que en el principio de los años noventa. Un profesor de psiquiatría forense de la universidad Göttingen dijo que esta práctica era una forma de « encarcelamiento para la seguridad » (Sicherungsverwahrung) infinito escondida.

El Bundesrat propuso en el septiembre de este año un cambio del código penal. Este propuesto debía a dar a los estados federales la posibilidad de hacer los presos participar en los gastos de alimentación y asistencia médica. El gobierno lo rechazó como innecesario, los presos tienen que pagar para el dentista y más desde hace mucho tiempo. Pero no tenían ningún problema con la participación de los alojados en los gastos del Maßregelvollzug. En Berlín hay una cárcel de Maßregelvollzug en Berlin Buch y Berlin Reinickendorf (en el campo del Karl Bonhöffer hospital).

En Brandenburg hay negociaciones sobre la privatización de los clínicas psiquiátricas y del Maßregelvollzug. De su venta el estado federal se espera millones de euros.

Brandenburg está pagando en el momento 245 plazas en los tres prisiones de Maßregelvollzug en Eberswalde (Barnim), Brandenburg/Havel y Teupitz (Dahme-Spreewald).

Desde unos años los jueces están imponiendo penas más y más altas. En los últimos tres años la cifra de presos ha

aumentado desde 64.533 a 81.166. Algunas prisiones están según el ministerio de Justicia por 36% repletas. Pero no se interrumpe o condona penas, como solo hizo en los principios de los años ochenta sino se sigue construyendo cada año más prisiones. La mayoría de estas prisiones está construida en colaboración con empresas privadas. Para arreglar y facilitar eso se ha impuesto este año una nueva ley. Esta nueva ley era necesario porque antes en Alemania la privatización de los cárceles no había sido legal. Como proyecto piloto se puede mencionar el prisión de Hünfeld.

Después de una fase de planificación y construcción se quiere inaugurar la prisión en noviembre. La supuesta reducción de los gastos debe ser 15% por año o 660.000 €.

Con un número más alto de presos el negocio con el trabajo en las cárceles se pone aún más lucrativo.

Entre tanto casi todas las prisiones distribuyen por internet o venden sus productos en tiendas propias. La empresa « Herr Ledesi » que se hizo conocida con la comercialización de ropa producida por presos ahora vende sus productos en toda Europa y empieza a trabajar junto con las autoridades británicas. La empresa se puso bastante famosa con la comercialización de productos producidos por trabajo forzado y ganó unos premios por el diseño. Está situada en Berlín en el Mehringdamm 60.

## Europa

En este mayo se firmó el contrato de Schengen III. Este contrato facilita el acceso a los ficheros con impresiones dactilares, RNA etc. y autoriza la persecución por encima de las fronteras de un estado.

Un tema era la „seguridad pública durante actos multitudinarios y protestas”.

Se decidió que los países europeos van a trabajar más juntos durante la WM 2006 y los cumbres de la UE y G8. Se comprometió a prohibir a personas, que están en el fichero de « hooligans » o conocidas como activistas políticas, dejar el país y a forzarles a dar noticia cada día a la policía.

Los Hooligans se han vuelto una categoría delincuente bastante importante para las autoridades alemanas y también para los de otros países. La cual es importante en su táctica de represión porque los Hooligans como los yonquis, los punks o los sin hogares no tienen lobby y por eso muchos intrusiones y maltratamientos no están registradas. Solo se tematiza la represión en los medios de comunicación en casos extremos como el de la ataque de los SEK (comandos especiales de la policía alemana) en la discoteca « Jeton » en Berlín. Por eso nadie reaccionó cuando se impusieron prohibiciones de dejar el país para ellos. El asunto que no se impone una ley para solo una categoría de personas tenían que notar los activistas anti-globalistas en el tiempo del cumbre de G8 en Genua. 2001 el Senador del Interior, Körting, dijo que no haya un derecho fundamental de salida del país.

Los pasaportes de los afectados fueron bloqueados para diez países. La base jurídica era la ley de pasaportes que fue agudizado en 2000. Según esta ley los pasaportes de personas « violentas » conocidas pueden ser bloqueados cuando hay un « significativo peligro » para la RFA. Las personas que no obedecen a estas restricciones pueden ser condenadas a hasta un año en prisión.

Actos multitudinarios deportivos como la WM 2006 cambian cada vez más a un laboratorio para las nuevas técnicas de seguridad y vigilancia. Esto pasó con los juegos olímpicos en Atenas y va a pasar con la WM 2006 en Berlín. Parte del concepto de « seguridad » para Berlín contiene la aplicación de chips de RFID a los billetes de WM, la evaluación de datos personales como el número del pasaporte para comprar estos

billetes, la vigilancia en plazas publicas en parte con identificación automática de caras. La pregunta de unas asociaciones de aficionad@s al futbol si se va a desmontar esta técnica despues de la WM no recibió ninguna respuesta por los partidos en el parlamiento.

Disturbios deben ser evitados « por todos medios ». Debajo del lema de „tolerancia zero “ se acordó a varias medidas como contactos directas con la policia, prohibiciones de entrar el estadio, prohibiciones de viajar, la obligación de ir cada dia a la policia. “Hooligans extranjer@s” deben ser parados en el momento en que intentan a dejar su pais. Pero solo Inglaterra tiene desde el año 2000 mil una ley que lo legaliza. Por eso el anterior ministro del interior Otto Schily tomó medidas para anular la libertad de viajar entre las paises de la UE y reestablecer controles en las fronteras internas.

### Arresto Administrativo

La cifra de paises que encarcela personas sin juicio ha aumentado despues S11. El arresto administrativo o preventivo e ilimitado habia también antes de la guerra “en contra del terrorismo”. Por ejemplo supuestos miembros de la IRA fueron detenidos después de ataques o disturbios sin juicio en Inglaterra pero la cifra ha aumentado y en el contexto del S11 era más facil imponer leyes represivas.

En muchos paises se discutía desde los años setenta sobre el arresto preventivo. Los categorias de personas que según estas discursos debian ser arrestad@s preventivamente cambiaban y ahora se sigue discutiendo medidas a imprisonar personas para largo tiempo sin mostrar el motivo o juicio. Esto pasa en casos donde hay un sospecho principal pero no hay pruebas para un juicio.

El motivo para el arresto solo es la posibilidad de cometer un delito. A diferencia del arresto de seguridad (Sicherheitsverwahrung), que justifica el imprisonment con delitos en el pasado, para el arresto administrativo falta la justificación probada. Personas que sólo tenían l@s amig@s fals@s o van a las mosques falsos, o supuestamente tiene un pensamiento demasiado radical están en peligro de ser imprisonad@s ilimitado.

En Australia hay el arresto preventivo de una manera bastante extrema. Según las nuevas leyes antiterroristas esta forma de imprisonment está secreto. Eso significa que ni los parientes ni l@s abogad@s están informad@s. Muchos periodicos de Australia comparaban estas practicas con las medidas de las juntas de Argentina o Chile

Muchos grupos de la izquierda y de derechos ciudadanas teme con razón que el arresto secreto y ilimitado esté utilizado para la tortura. En Alemania el Ministro de Interior de Bavaria Beckstein propuso el arresto de seguridad para « terroristas islamistas ».

Se puede ver en el ejemplo de Inglaterra que „La guerra en contra del terror“ sólo es la justificación oficial para la ampliación de la maquina de represión. Uno de los grupos primeros a los que aplicaban los leyes antiterroristas era „Animal Liberation“. Les prohibian hacer manifestaciones en frente de los laboratorios de experimentos con animales y en frente de las casas de la gente que trabajaba allí. Para ser una manifestación prohibida tres personas eran suficiente. En la EEUU los leyes antiterroristas están en el momento utilizados para destruir las organizaciones de pres@s y los sindicatos de pres@s. Por ejemplo se está averiguando la involucración de grupos en los carceles de California en supuestos ataques planeados. La unica « prueba » es que dos de estas personas son musulmanes.

El FBI está usando estas leyes también en contra de la MPLU un sindicato de pres@s. En Alemania los medidas de represión y vigilancia no solo están dirigidas a los musulmanes sino

también a los grupos de la izquierda como en Frankfurt Oder, Magdeburg, Potsdam y muchas otras ciudades.

**Pero..**

Al final y al cabo hay que notar que el peligro de ser arrestado está creciendo. La probabilidad de una pena en el prisión o de ser arrastad@ preventivamente ha crecido mucho en los últimos diez años. No se ve criminalidad en su pretexto social sino como fracaso individual y una falta de “reconocimiento de injusticia”. Se quiere disciplinar las personas más y más y no se para antes de los partes más privadas. La respuesta al así llamado comportamiento nonconforme son sanciones y represión. Por ejemplo se puede mencionar aquí la ley contra el « comportamiento antisocial » en Inglaterra. Este año una mujer tenia que ir al cárcel por veinte dias porque no habia cortado su césped a pesar de varias exigencias. Otra mujer recibió una pena de tres fines de semana en la cárcel porque su hijo no iba regularmente a la escuela. Mear a los puentes, estar borrach@ en publico, haraganear en plazas publicos - por todo esto se puede ir a la cárcel.

Lo trágico con estás asuntos es, que los ciudadan@s ayuden al estado a imponer esta represión. No hay grán resistencia en contra la campaña de “normalización” de bajo del lema de la seguridad.

La izquierda radical tampoco protesta.

A pesar de eso o quizá por eso es muy importante apoyar a la gente que está afectada por represión, criticar y luchar contra las cárceles y los “reformatorios” - eso es más importante que nunca.

**Venid tod@s a las manifestación - para una sociedad sin instituciones represivas**

**31.12.2005 - 23h15 - Station de métro Turmstr. / Hertie**

# Prison and Repression: a Summary

Rehabilitation is increasingly becoming a more secondary aim of the penal system in discourses concerning the penal code in most countries.

The public can read and hear about a change in favour of safety from alleged criminals in nearly all political discussions, debates and media. This was most plainly expressed by Tony Blair, the Prime Minister of the United Kingdom, who announced an end to the "mollycoddling" of criminals, referring to all rehabilitation programmes as a "68er's mistake". It is suggested that this safety can only be reached through surveillance and preventive penalties.

Attacks such as in New York, Madrid and London, as well as sexual offences and in particular murders or even riots after football matches are spectacularly sold by the media, and all make it easier to introduce restrictions in individual freedoms and tougher legislation.

## Prison in Germany

According to a study by the criminological research institute in Lower Saxony, German residents believe that the number of murders rose by 27% between 1993 and 2003, while the number of sexually motivated murders increased by 260%.

These figures have little to do with reality. According to crime statistics, the murder rate has been decreasing for years whilst the number of sexually motivated murders and attempted murders fell from 81 cases in 1981 to 26 in 2004. Despite this, laws have been becoming increasingly tougher since the end of the 90s.

In the meantime, there is now the additional preventive detention, a tougher criminal code for sexual offences and new compulsory rehabilitation laws. Earlier, it was still possible to get a probationary exemption from compulsory rehabilitation, whereas today this is only possible if "it is expected that the inmate... can never again commit criminal acts." As this stipulation is almost impossible to meet, there are now double the number of people in compulsory rehabilitation as there were at the beginning of the 90s.

According to a professor of forensic psychology at the Göttingen University, this new practice is the same as a hidden preventive detention. The upper house of parliament in Germany suggested changes to the penal code in September this year. With this, the German federal states would be given the possibility to insist on inmates making a contribution to the cost of their healthcare. The federal government rejected this proposal for being unnecessary, prisoners have already had to pay for dental prosthesis for example, as well as many other things for many years. In contrast to the upper house of parliament, the government has currently no plans to introduce the proposed cost contribution from patients in so-called rehabilitation programmes.

In Berlin, compulsory rehabilitation programmes take place in Berlin-Buch and in Berlin-Reinickendorf (on the grounds of the Karl Bonhöfer psychiatric clinic).

In Brandenburg, the privatisation of the state-run psychiatric clinics and rehabilitation programmes is currently being negotiated.

The state government is hoping to receive an 8 figure income from the sale of these facilities and programmes. According to

statements from the "Märkischen Allgemeinen" (a Brandenburger newspaper), Brandenburg finances 245 places in the 3 Rehabilitation facilities Eberswalde (Barnim), Brandenburg/Havel and Teupitz (Dahme-Spreewald).

Judges have been giving out increasingly harsher sentences for some time. In the last 3 years, the number of prisoners has risen from 64,533 to 81,166.

According to the Justice Department, some prisons are running at up to 36% over capacity. Unlike at the beginning of the eighties, the answer is not the pardoning, deferral or interruption of sentences, but that more prisons should be built.

Most of the new prisons will be built in a partnership between state and private enterprise. New laws were passed this year to enable the regulation of these "partnerships" and to make them easier to make.

The prison in Hünfeld counts as a model example. After 4 years in planning and construction, the prison will be handed over in November this year. The savings through partial privatisation should supposedly be up to 15% annually (660,000€).

With the higher number of prisoners, the prison business is becoming steadily more lucrative. In the meantime, nearly all prisons either sell their products over the internet or have their own retail outlets and workshops with a retail function. The company Herr Ledesi, which is known for its label "Prison Wear", sells its products now Europe-wide and also works together with the British government. The company has become quite famous through its sale of forced-labour products, and has won several designer awards for its website and posters. The address is still Mehringdamm 60.

## Europe

In Prüm the Schengen III contract was signed in June. This allows for easier access to data such as fingerprints, DNA, etc. within the EU, and for prosecution also across borders. One topic was public order at mass gatherings and protests. It was decided to work closer together during the 2006 world cup or EU or G8 summits. Within the frame of this closer working relationship, it was decided that people who either are listed as so-called "hooligans", or as politically active people, would be banned from travelling out of the country and would be obliged to report their whereabouts.

Meanwhile, hooligans have become an important group of perpetrators for the German authorities, as well as in many other countries. Important in the sense of statistics about their repression, as they, like junkies, punks and homeless people don't really have a lobby group, and many raids and attacks on them are therefore not registered. Only in particularly extreme cases, such as the brutal SEK operation in the disco "Jeton" in Berlin, is their repression publicly discussed. Therefore no-one reacts against the travel bans placed upon them.

That these laws don't apply only to a few individual groups, became clear to the political activists at the protests against the G8 summit. In 2001, through a travel ban to the summit in Genoa, it was possible to experience that, as according to the Berlin minister of the interior, Körtling, there is no fundamental right of travel abroad.

Passports from those affected were barred from 10 countries. As a legal justification, the passport legislation was used. This legislation was newly tightened in 2000. After this, travel restrictions could be entered into the passports of known "violent offenders", when there was an increased danger against the interests of the federal republic. Those who disobey such travel



restrictions, can reckon with prison sentences of up to one year.

Large sporting events such as the world cup in 2006, are increasingly becoming the testing ground of new security techniques. This was the case at the 2004 Summer Olympics in Athens, and it is a fact that this is also planned for the 2006 World cup. This includes amongst other things, the use of RFID-chips instead of barcodes on world cup tickets, having to divulge personal information such as name, age, address, passport or ID card number in order to buy a ticket, as well as video surveillance of public places, sometimes with computer controlled facial recognition software. The many requests from fanclubs for information from the political parties and parliament on whether or not these cameras will be taken down after the world cup, remain unanswered.

Unrest during the world cup should be "avoided at all costs!", many different measures were decided upon under the motto of "zero tolerance" (e.g. spot controls by the police, stadium bans, travel bans, registration of whereabouts, etc.). "Foreign hooligans" should be stopped before they even leave their home countries. However, only the UK has such a law, which was introduced there in 2000. Therefore steps were taken to abolish freedom of travel within the EU and to reinstate border controls, also by Schilly.

### Administrative Incarceration

Since September 11, 2001, the number of countries where people are held in custody without any evidence or conviction has increased. Administrative incarceration or preventative, unlimited incarceration already existed before these attacks and the "worldwide war against terror". For example, suspected IRA members were arrested and placed in custody after attacks or riots without a reason being given. However, it was easier to introduce such laws after September 11. Preventative custody has been and will continue to be discussed in many countries, in Germany since the 70's.

Although the groups affected continually change, like always, measures are still being called for to imprison people over long periods of time without reason or conviction, e.g. in cases where there might be a justifiable initial suspicion, but the evidence is insufficient for a conviction. The reason for arrest in such cases is solely the possibility that a criminal act could be committed.

In contrast to preventive detention, where imprisonment is justified by the possibility of future criminal acts, but a previous history of crimes that were actually committed exists, administrative incarceration is not based on any kind of "criminal act". People who are placed in administrative custody, have merely found themselves in the wrong place at the wrong time, have befriended the wrong person, go to the wrong mosque, or allegedly have too much of a radical ideology, etc., and therefore come under suspicion that they might eventually plan an attack one day.

In Australia, preventative custody goes further. This form of custody will remain kept secret, according to the new anti-terrorism legislation that was proposed at the end of October. This means that the direct family and lawyers wouldn't be informed in case of an arrest. Many comparisons were made in the Australian press with the practices of the dictatorships in Chile and Argentina. Many leftist and civil liberties groups justifiably are afraid that secret, unlimited incarceration will be used for torture. In Germany recently, Beckstein (CDU) discussed a similar so-called **safety custody** for "Islamic terrorists".

That the "war against terror" is only the official reason for the

general implementation of repression apparatus, can be seen for example in Great Britain. The first group that the new anti-terrorism legislation targeted, was the animal liberation movement.

Demonstrations in front of laboratories using animal testing, or in front of the homes of workers from these labs, were banned. Three people are already enough to be counted as an illegal gathering.

In the USA, these anti-terror laws are being used to destroy prisoner organisations and unions inside the prisons. An investigation is being carried out through these laws against a network of prison gangs in California, for allegedly planning attacks, while the only proof is that two of these men are Moslems. The FBI is also using these new laws to investigate the MPLU, a prisoner's union in Missouri.

In Germany, after Moslems, leftist groups are the second biggest target for the newly increased police powers of phone tapping, surveillance, etc., for example in Potsdam, Frankfurt/Oder,..... and many other cities.

### But...

To sum up, you can say that the danger of landing in prison is steadily increasing. The probability of receiving a prison sentence or being held in preventative custody has risen rapidly in the last ten years. Criminality is no longer seen as in a social context, but rather as individual delinquency and a "lack" of a sense of right and wrong.

Criminal codes are becoming tougher and tougher until they infringe on the private lives of citizens. The answer to so-called non-conformist behaviour ends in sanctions and repression. An example of this is legislation in the U.K. against "anti-social behaviour". A woman was sentenced to 20 days in prison because despite several demands that she do so, she didn't mow her lawn. Another woman had to go to jail because her child didn't go to school regularly enough. Also urinating off bridges is a criminal offence, as well as public drunkenness in places such as footpaths.

The tragic thing is that the state is being helped by its citizens to do all this. There doesn't seem to be any kind of real resistance against this normalisation campaign, which goes under the motto of "safety". Even the radical left is silent.

### Come to the demonstration against repression and prisons!

**31.12.2005 - 23h15 - U-bhf Turmstr. / Hertie**

## Cezaevleri ve devlet Baskisin

Pek çok ülkede ceza hukuku üzerine tartismalarda hapis cezasinin amaci olarak yeniden topluma kazandirma giderek geri plana kaymakta. Hemen tüm kamuya açik medya ve politik tartismlarda sözgelisi faillerden korunma ve güvenlik ifadeleri agirlik kazanmakta. Büyük Britanya basbakanı Tony Blair, „faille flört zamaninin sona erdigini,, bildirirken ve tüm topluma kazandirma programlarini „68'li hatasi“ olarak tanımlarken bu ifadeyi en açık haliyle ortaya koyuyordu.

Söz konusu güvenlgin sadece gözetleme ve boyun egdirici cezalandirma önlemleriyle mümkün olduğu düşünçesi yerlestirilmeye çalışiliyor.

New York, Madrid ve Londra'ya saldirilar, medya tarafından sahne gösterisine dönüştürülerek satilan cinsel suçlar, cinayet ya da örneğin bir futbol maçı sonrası basgösteren olaylar yerlestirilen bu mantik altında kisisel özgürlüklerin ve kisitlanmasını ve agir yasaların koyulmasını kolaylastirabiliyor.

### Almanya`da cezaevi

Niedersachsen krimonoloji enstitüsünün arastirmasına göre Almanya`da insanlar 1993 ve 2003 yıllari arasında cinayet sayisinin %27, cinsel içerikli cinayetlerinse %260 arttigina inanıyorlar. Bu türden sayiların gerçekte ilişkileri yok. Suç istatistiklerine göre cinayet sayısı yıllardır gerilemekte. 1981 ile 2004 arasında cinsel içerikli cinayet ve cinayete tesebbüslerin sayısı 81`den 26`ya inmiş durumda.

Buna rağmen yasalar 90`ların sonundan beri giderek keskinlestirilmekte.

Örneğin cinsel suçlar ceza yasasi ağırlastirildi ve güvenlik sebebiyle önlem mahkumiyeti yasasi, yeni bir psikiyatrik mahkumiyet yasasi çıkarildi.

Insanlar önceden deneme olarak psikiyatrik mahkumiyetleri sırasında tahliye olabiliyorlardı. Günümüzde bu sadece „alikonulan kisinin hiçbir yasa karsiti davranista bulunamayacağı bekleniyorsa“ mümkün.

Bu beklentinin yerine getirilmesine imkan olmadigından bugün 90`ların basında olduğunun iki katından fazla insan psikiyatrik mahkumiyette. Göttingen üniversitesinden bir forensik psikiyatri profesörüne göre yeni uygulama „gizli ve zaman\* belirsiz bir güvenlik alikoymasına esdegerdir“.

Bu yılın eylül ayında federal komisyon tarafından cezaevi yasasi değişikliği önderildi. Buna göre eyaletlere „mahkumların kendi sağlık masraflarına uygun miktarda katılmaları“ imkanı tanınmakta. Federal hükümet öneriyi gerekli bulmayarak reddetti. Mahkumlar uzun süredir disçi ve diğer pek çok sağlık masraflarını zaten kendileri karşılamaktalar. Sözgelisi psikiyatrik mahkumiyetteki hastaların masraflara katılımı konusunda ise federal komisyonun hiçbir karsisi görüşü bulunmamakta.

Berlin`de psikiyatrik mahkumiyet Berlin-Buch ve Berlin-Reinickendorf da (Kari-Bonhöfer sinir klinigi arazisinde) uygulanmakta.

Brandenburg`da eyalet psikiyatri kliniklerinin ve psikiyatrik mahkumiyet kliniklerinin özelleştirilmesi pazarlıkları sürüyor.

Eyalet psikiyatrik eyalet ve mahkumiyet kliniklerinin satışından iki haneli milyon geliri umuyor.

„Märkischen Allgmein“a göre Brandenburg su anda Eberswalde (Bamim), Brandenburg/Havel ve Teupitz (Dahme-Spreewald) bölgelerinde bulunan üç psikiyatrik mahkumiyet kliniginde 245 mahkumu finanse ediyor.

Birkaç yıldır hakimler tarafından giderek daha ağır ceza kararları veriliyor. Geçtiğimiz üç yıl içinde mahkumların sayısı 64.533`ten

81.166`ya yükseldi.

Adalet bakanlığına göre cezaevleri %36 miktarda asiri dolu. Çözüm olarak 80`lerde olduğu gibi ceza afları, ertelemeleri ve indirgemeleri değil, daha fazla cezaevi inşa edilmesi düşünülüyor. Yeni cezaevlerinin Privat-Public-Partnership esliğinde inşa edilmesi öngörülüyor. Bunun için içinde bulunduğumuz yıl bu tür “ortaklıkları” düzenleyen ve kolaylastiran bir yasa çıkarıldı. Hünfeld cezaevi böyle bir model proje.

Dört yıllık bir planlama ve inşa döneminin ardından Dovember cezaevi devrediliyor. Kısmi özelleştirmeler sayesinde yılda %15 ya da 660.000 eu tasarruf edileceği öne sürülüyor.

Mahkumların sayısındaki artış cezaevi çalışmasını karlı hale getiriyor.

Hemen tüm cezaevleri internet üzerinden ürün satışı yapıyorlar ya da satış günleri düzenledikleri kendi dükkanları ve atölyeleri mevcut.

Prison Wear pazarlamasıyla tanınan Herr Ledesi firması ürünleri Avrupa çapında satıyor ve İngiliz makamlarla birlikte çalışıyor.

Sirket zorunlu çalışma ürünlerinin satışıyla oldukça ünlendi, firmanın websitesi ve çeşitli afisleri grafik ödülleri kazandı.

Sirket adresi hala Mehringdamm 60.

### Avrupa

Mayıs ayında Prüm`de Schengen III anlaşması imzalandı. Anlaşmaya göre AB içerisinde parmak izi, DNA ve diğer bilgilere erişim kolaylaştırıldı, sınır ötesi suç izi sürümüne izin verildi.

Konulardan biri “büyük gösteri ve protestolar sırasında kamusal düzen”di.

WM 2006 ya da AB ve G8 zirveleri sırasında daha siki birlikte çalışma kararlaştırıldı. Bu “siki birlikte çalışma” çerçevesinde Hooligan dosyasında yer alan ya da politik aktif olarak bilinen insanlara seyahat yasası ve belirli bir bölgeyi terketme yasası getirilmesi kararlaştırıldı.

Hooliganlar Alman makamları için ve diğer ülkelerde de önemli bir “fail grubu” oluşturuşor artık. Baski taktikleri açısından önemli, zira Hooliganlar, tipki junkiler, punklar ya da evsizler gibi, gerçek bir lobi sahibi olmadıklarından, maruz kaldıkları saldirilar illa ki kayıtlara geçirilmiyor. Sadece özellikle uç noktada olaylarda, örneğin özel girişim timinin Berlin`de bulunan “Jeton” diskosundaki dayak girişiminin ardından, baskılar kamuoyunda konu ediliyor.

Bu sebeple, bu insanlar seyahat yasası getirildiğinde kimse tepki göstermedi.

Bir yasanın uygulanmasının kimi gruplar için geçerli olmadığını politik aktivistler G8 zirvesi sırasında deneyimlediler.

2001 yılında Cenova`da gerçekleştirilen zirveye seyahat yasası getirilen insanlar, Berlin içişleri senatörü Körting`e göre “yurtdışı seyahatinin anayasal hak olmadığını” öğrendiler böylece.

Magdurların kimliklerine 10 ülke için giriş yasası konuldu.

Hukuki dayanak olarak, 2000 yılında keskinleştirilen pasaport yasası hizmet gördü. Yasaya göre bilinen “siddet failleri”nin pasaportlarında seyahat kısıtlamaları islenebiliyor, eğer “Federal Cumhuriyetin çıkarlarının tehlikeye düşürülmesi” öngörülüyorsa. Kısıtlamaları ciddiye almayan kişiler 1 yıla kadar hapis cezasıyla karşılaşılabiliyorlar.

Yeni güvenlik sistemleri Futbol Dünya Kupası 2006 gibi genel spor etkinliklerinde test ediliyor. 2004 yılında Athena`da Olimpiyat etkinliklerinde yapıldığı gibi, bu tür güvenlik konsepti 2006 Dünya Kupası için de planlanıyor.

Bu sistem ile birlikte çipler kullanmaya başlanıyor. Maç bileti alabilmek için ad, adres ve kimlik numarası verilmesi gerekiyor. Halka açık meydanlara kamera konuluyor.

Bazı taraftar klübü üyeleri bir kısım partilerde ve parlamentoda dünya kuptan sonra bu kameraların kaldırılıp kaldırılmayacağını sormuş ama bir yanıt almamışlar.

Maçlarda taraftarların arasında çıkan çatışmaları önlemek için 'Sifir tolerans' sloganı altında farklı tedbirlerin alınması kararlaştırıldı (Polis direktörlere gitmesi, stada giriş yasası, yurtdışı yasası yada düzenli polise gidilip imza verilmesi).

'Yabancı holliganların' ülkelerinden çıkışını engellemeye yönelik bazı planların gerekliliği kabul ediliyor. Bu yüzden Schily'nin bakanlığı dönemindeki gibi Avrupa Birliğine gitme amacıyla seyahat özgürlüğünü ortadan kaldıracak ve sınırlarda tekrar kimlik kontrolü yapılacak kararlar alındı.

### Önleyici Hapis

11.Eylül 2001'den sonra insanları yarı ve yarı olmadan hapis eden ülkelerin sayısında artış var.

Önleyici hapis 11 Eylül'den önce de dünya çapında gerçekleştirilen? Teröre karşı savaştan? Önce de vardı. Örneğin IRA mensubu oldukları şüphelenen insanlar İngiltere'de saldırı eylemlerinden veya sokak çatışmalarından sonra hiç bir sebep gösterilmeden tutuklanıyordu. Ancak 11 Eylül'den sonra bu tür yasaları yürürlüğe sokmak kolaylaştırıldı.

Ülkelerin çoğunluğunda önleyici tutuklama üzerine tartışıldı ve tartışılıyor. Almanya'da bu tür tartışmalar 1970'den beri var. Her ne kadar tutuklanma söz konusu olan gruplar değişirse de insanları yargısız ve neden göstermeden uzun süre tutuklayabilme talepleri sürüyor; örneğin bir başlangıç şüphesi olsa da? Yargılama için kanıtların yeterli olmadığı durumlarda.

Tutuklama nedeni bu tür durumlarda sadece bir suç işleme ihtimaline dayanıyor.

Önceden işlenmiş suçlara dayanarak hapis edilen "emniyet tutuklaması"nın aksine önleyici tutuklamalarında işlenmiş hiçbir suçlara yoktur. Önleyici korunma altına alınan insanların tek suçu yanlış çevrede bulunmaları, yanlış insanlarla arkadaş olmaları, yanlış camilere gitmeleri ve söylenenlere göre fazla radikal düşüncelere sahip olmaları vs., ve bu nedenlerden dolayı belki bir saldırı düzenlemek şüphesinde bulunmaları.

Australyada idari hapis konusunda çok ileriye gidiliyor. Geçen ekim ayında önerilen anti- terör yasasından sonra tutuklanmanın bu biçimi gizlidir, yani tutuklunun yakınları veya avukatlarına haber verilmiyor. Bir çok australyalı gazetesinde gerçekleştirilen pratikler Arjantin veya Sili'deki juntaların pratiklerine benzetildi. Bir çok sol grup ve insan hakları grupları haklı olarak bu gizli ve süresi belirsiz olan bir tutuklanmanın iskence uygulamak için kullanılabileceğinden endişe ediyor. Almanya da en son olarak CSU partisinden Beckstein bu tür bir emniyet tutuklamasından "İslami teröristler" için tartıştı.

"Teröre karşı mücadele" resmi bir açıklama olarak İngiltere'deki baskı tedbirlerinin çoğaltılması için kullanıldığı görünmektedir.

### "Hayvanları kurtarma"

Hayvanları kurtarmak amacıyla hayvanlarla deney yapan laboratuvarların önünde, ve bu tür laboratuvarlarda çalışan insanların evlerinin önünde protesto gösterisi yapmak yasaklandı. İzinsiz toplanma olarak üç kişilik bir grup dahi kafidir.

AB'de anti terör yasaları şu an hapisanelerin içinde bulunan mahpus örgütlerini ve sendikalarını yok etme amacıyla kullanılıyor. Örneğin Kaliforniya eyaletinde bazı hapisane içerisinde oluşan bazı gruplaşmaların birleşmesine karşı saldırı hazırladıkları gerekçesiyle soruşturma yapılıyor.

AB'nin Missouri kentindeki MPLU adli tutuklular sendikasına karşı da Amerika Gizli Servisi FBI soruşturma açtı.

Almanya'da ise yeni yasaların uygulanması müslüman insanların dışında özellikle sol örgütlesmeler için kullanılıyor, örneğin Potsdam da Frankfurt/Oder'de ve birçok başka şehirde.

Bu gruba hayvan deney laboratuvar binası önünde ve bu laboratuvarlarda çalışan personelin evleri önünde protesto gösterileri yasaklandı. Toplanacak olanların sayısı üç olsa bile izinsiz gösteri kap-

samına girmekte.

Amerika Birleşik Devletleri bu aralar cezaevi içerisindeki örgütlenmeleri ve sendikaları antiterör yasalarını kullanarak dağıtmaya çalışıyor.

Kaliforniya cezaevinde tutuklu bulunan ve sözde eylem planlaması içerisinde olan bir gruba dava açıldı. Bu davada delil olarak ileri sürülen, iki kişinin müslüman olmasıdır.

Missouri cezaevindeki tutsakların sendikası MPLU hakkında FBI soruşturmasını bu yeni yasa kapsamında sürdürüyor.

Öte yandan Almanya'da bulunan müslümanların yani sıra sol örgütlenmelerde bu yasa kapsamında kontrol ve denetim altına girdiler. Örneğin Potsdam, Frankfurt/Oder ... ve birçok başka şehirde.

Cezaevine girme riski giderek artıyor. Avrupa'da son 10 yılda şartlı salıverme cezası almak yada tutuklanmak gittikçe artış gösterdi. Kriminalizme artık toplumsal olarak bakılmıyor, kişisel başarısızlık ve eksik yasadışı bilgiyetmezliğine bağlanıyor. Gittikçe özel hayatın alanlarına bile el atılan bir disiplinize etme kuruntusu gelişmektedir.

Mutabik olmayan görüş diye adlandırılan bu olguya yaptırım ve baskı ile cevap veriliyor.

Örnek olarak İngiltere'nin antisosyal görüş yasasını gösteriyoruz. Bu yıl bir kadın bahçesindeki cimenerleri bir kaç kez uyarıldığı halde biçemediğinden ötürü 20 gün cezaevinde yattı. Bir başka kadın ise çocuğu sürekli okula gitmediğinden dolayı 3 hafta sonunu cezaevinde geçirmek zorunda kaldı. Köprülerden isemek, toplum içerisinde sarhos dolasmak ve topluma açık olan yerlerde (örneğin yaya geçitlerinde) aylak bir şekilde isgal etmek yasaktır.

Trajik olan devletin vatandaşlarının yardımlarına güvenmesi, sonuçta sözde güvenlik adı altında bu normalleştirme kampanyasına karşı herhangi bir tepki yok.

Bu konuda "radikal sol" bile suskun.

Bu yüzden baskı altında kalan insanlara yardım etmek, cezaevlerini eleştirmek ve cezaevlerine karşı mücadele içerisinde olmak fazlasıyla önem taşıyor.

**Bu yüzden herkesin 31.12.2005 tarihinde saat 23.15 U-Bhf Turmstrasse'de Hertie'nin karşısında başlayan eylem katilimini bekliyoruz.**

# Die Sicherungsverwahrung

Die Sicherungsverwahrung (SV) ist ein Gesetz des Strafgesetzbuches, nach dem es möglich ist Menschen auf unbefristete Zeit einzusperren.

Der Paragraph 66 des StGB schmorte lange unter geringer Beachtung und Anwendung vor sich hin. Die Anordnungszahlen beschränkten sich dabei jährlich auf ca. 40-50 Anordnungen. Wurde in Fachkreisen über die SV diskutiert, ging es meist eher um die Abschaffung dieser als nicht mehr „zeitgemäß“ angesehenen Maßregel. Das änderte sich 1998 schlagartig. Der Mord an zwei Mädchen und der Dutroux - Fall sorgten auch aufgrund eines extremen Medieninteresses für Wellen der Aufregung, die bis in das Strafgesetzbuch schwappten. Als Maßnahme gegen Kindermörder und Sexualstraftäter kristallisierte sich in den nächsten Jahren nur eine Parole heraus - „Wegsperrern - und zwar für immer“ postulierte der Kanzler 2001 und sprach damit vielen aus der Bevölkerung aus dem Herzen.

1998 fand erstmals eine grundlegende Änderung der „Maßregeln für die Besserung und Sicherung statt“ (mehr dazu im ersten Teil des vorausgegangenen Artikels).

2002 folgte die Verschärfung der Sicherungsverwahrung. Die vorbehaltene SV wurde eingeführt. Den Richtern war es damit möglich, sich bis 6 Monate vor Haftentlassung vorzubehalten die SV doch noch anzuordnen. Die vorbehaltene Sicherungsverwahrung musste aber im Urteil manifestiert werden.

2004 folgte die nachträgliche Sicherungsverwahrung. Nun war es der Staatsanwaltschaft möglich gegen Menschen, die im Urteil nicht zu Sicherungsverwahrung verurteilt worden waren, vor ihrer Entlassung einen Antrag auf Sicherungsverwahrung zu stellen.

Die Sicherungsverwahrung ist ein in den Medien hochemotionales aufgeladenes Thema. Dabei geht es immer nur darum, dass die Gesellschaft vor angeblichen Monstern (Sexualstraftäter) geschützt werden muss. Die medial inszenierte Atmosphäre der Angst entspricht jedoch nicht der Realität. Rein empirisch betrachtet gehen die Straftaten zurück, die Sexualstraftaten entwickeln sich seit mindestens 10 Jahren rückläufig (Presseerklärung BMI/Schily 2005) und sind zum Teil bedeutend niedriger als zum Beispiel im Jahre 1975 (PKS 2000). Daher sind die erneuten Verschärfungen der Sicherungsverwahrung eine weitere Zuspitzung eines ohnehin menschenrechtlich schon fragwürdigen Gesetzes und völlig unangemessen.

**Die Sicherungsverwahrung (§66StGB) ist eine sog. „Maßnahme zur Sicherung und Besserung“ mit der Menschen im Anschluss an ihre Freiheitsstrafe zum Schutz der Allgemeinheit auf unbestimmte Zeit eingesperrt werden können.**

Die Sicherungsverwahrung ist, im Gegensatz zur Unterbringung in einer psychiatrischen Anstalt, lediglich zum Schutz der Allgemeinheit vor dem Täter und nicht zur Besserung gedacht. Während den Menschen in den psychiatrischen Anstalten „Krankheit“ diagnostiziert wurde, gelten die Menschen in Sicherungsverwahrung als „gesund“ aber „unverbesserlich“, ein so genannter Hang wird unterstellt. Grundsätzlich kommt mensch erst nach Absitzen der eigentlichen Freiheitsstrafe in die Sicherungsverwahrung. Sicherungsverwahrung ist immer schuldunabhängig, was bedeutet, dass der Sicherungsverwahrte nicht im Knast ist, weil er etwas getan hat, sondern weil er etwas tun könnte. Alle zwei Jahre findet eine Überprüfung statt, ob weiter „Gefährlichkeit“ besteht. Während es in dieser Zeit reicht, eine nicht stattgefundene Veränderung zu attestieren um den Menschen weiter im Knast zu behalten, ist es nach 10 Jahren

nötig die „Gefährlichkeit“ nochmals erneut zu beweisen. Was bedeutet dass eine Verwahrung auf unbestimmte Zeit mindestens potentiell möglich ist.

Der von der medialen Berichterstattung erweckte Eindruck, hier würde es sich nur um „Sexualstraftäter“ handeln, stimmt so nicht.

Auch vor den Verschärfungen der letzten Jahre, waren z.B. alle Arten von Verbrechen wie Mord, schwerer Raub, schwere Körperverletzung etc enthalten.

Prekär ist dabei der Punkt, dass auch wenn „schwerer wirtschaftlicher Schaden“ entstanden ist, Sicherungsverwahrung verhängen werden kann. Im Kommentar des StGB von C.H. Beck werden Beträge von 2000 Euro oder 4500 Euro als „schwerer wirtschaftlicher Schaden“ genannt. Somit kann mensch auch bei Betrug oder Banküberfällen Gefahr laufen Sicherungsverwahrung zu bekommen.

Auch DrogenbenutzerInnen sind potentiell und real von Sicherungsverwahrung bedroht. Wer durch Ladendiebstahl, Einbruch oder Raub seine Drogen finanzieren muss, wird sehr schnell zum Mehrfachtäter.

Die SV beschränkt sich demnach keinesfalls nur auf Sexualstraftaten oder schwere Gewaltdelikte.

Folgende Voraussetzungen werden außerdem zur Verhängung der SV im Strafgesetzbuch genannt:

- im aktuellen Strafverfahren wird eine Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren verhängt
- der Mensch ist vorher schon zweimal zu einer Mindeststrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden

Sind diese Voraussetzungen gegeben und kommt das Gericht während des Verfahrens und nach Anhörung eines Gutachters zu dem Schluss es bestehe ein Hang dazu weitere Straftaten zu begehen, kann das Gericht Sicherungsverwahrung anordnen.

In besonderen Fällen allerdings ist keine Vorgeschichte oder Vorverurteilung notwendig um SV anordnen zu können. Diese Regelung wird bei so genannten, bis dato unentdeckten Serientätern angewandt.

**Die Erweiterungen des eigentlichen §66 StGB sind folgende.**

§66a: die vorbehaltene Sicherungsverwahrung seit 2002

Kann nicht mit ausreichender „Sicherheit“ die „Wahrscheinlichkeit“ festgestellt werden, dass ein Hang besteht oder keine „definitive“ Gefährlichkeitsprognose erstellt werden, kann sich das Gericht diese Anordnung vorbehalten. Sechs Monate vor der Entlassung aus dem Knast entscheidet das Gericht erneut ob ihre Wahrscheinlichkeitsrechnung nun sicherer ist. Dafür wird erneut ein Gutachten eingeholt.

§66b: die nachträgliche Sicherungsverwahrung seit 2004

Im eigentlichen Urteil wurde keine Sicherungsverwahrung festgelegt und der Mensch ist wegen eines Verbrechens gegen die persönliche Freiheit, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung verurteilt, oder auch wegen schwerem Raub, Raub mit Todesfolge, räuberische Erpressung etc verurteilt.

Dann kann die Justizvollzugsanstalt sechs Monate vor der Entlassung einen Antrag auf Sicherungsverwahrung stellen. Es ist nun schon relativ häufig vorgekommen, dass sich die Staatsanwaltschaften nicht an die 6-Monats-Regel halten. Der Antrag wird in der Praxis oft erst kurz vor dem Ende der Strafe

des Gefangenen gestellt, sodass der Mensch bis zum endgültigen Urteil über seine SV weiterhin im Knast sitzt.

Im Falle der nachträglichen Sicherungsverwahrung müssen sich zwei Gutachter äußern, anderenfalls nur einer. Grundlage der Beurteilung, ob der Gefangene gefährlich sei oder nicht, bildet das Verhalten im Knast.

Es müssen während des Strafvollzugs neue Tatsachen bekannt werden, nach denen der Strafgefangene als gefährlich einzuschätzen und erhebliche Straftaten von ihm zu erwarten sind.

Diese neuen Tatsachen, waren ein sehr dehnbare Thema welches die Staatsanwaltschaften zu nutzen wussten.

Als Begründung für eine andauernde Gefährlichkeit führten die Staatsanwaltschaften z.B. Drogensucht, Therapieverweigerung, aufmüpfiges Verhalten gegenüber Wachpersonal, antisoziales Verhalten etc an.

Dieser allerdings noch recht jungen Anwendungspraxis wurde nun am 25.11.2005 ein Riegel vorgeschoben. Der Bundesgerichtshof gab einer Beschwerde eines Mannes Recht, der wegen schweren Raub gesessen hatte und gegen den die Staatsanwaltschaft nachträgliche SV beantragt hatte. Die Staatsanwaltschaft begründete ihren Antrag mit Drogensucht, Ungehorsam, Widerstand gegen eine Alkoholkontrolle und das Auffinden verbotener Gegenständen der Zelle.

Der BGH legte nun fest, dass nicht jegliche Art des Ungehorsams während des Vollzugs ausreiche um den §66 StGB zur Anwendung bringen zu können.

Bis ein neues Urteil des BGH ergeht, ist dieses Urteil bindend, wenn Menschen gegen ihre nachträgliche Sicherungsverwahrung Beschwerde einlegen.

Durch die erhöhten Anforderungen wird es wohl zumindest keine Flut von Anträgen auf die nachträgliche Sicherungsverwahrung geben. Der Gesetzgeber wird so auf sein eigentlich vorgetragenes Interesse zurückgeworfen. Professor Rolf-Peter Caließ schätzte schon 2004 in einer Anhörung des Bundestages die Zahl der eventuell Betroffenen auf zehn Menschen, und bezweifelte somit den Sinn eines solche Gesetzes.

Damit hat sich zumindest die Gefahr der reinen Ungehorsamssanktionierung, die wir vorher sahen, ersteinmal erledigt. Allerdings nur so lange bis ein anderes Urteil des BGH eine andere Praxis zulässt. Das Problem bei einem Gesetz ist, das selbst wenn es momentan, aufgrund von Stimmungen und Tendenzen der Gesellschaft, in Praxis eingeschränkt oder nicht angewandt wird, es jederzeit reaktivierbar oder restriktiver einsetzbar ist wenn sich der Wind dreht.

Und letztendlich bleiben auch immer noch diese „zehn“ Menschen gegen die das Gesetz angewandt werden kann.

**“...eine Prognose ist eine Wahrscheinlichkeitsvorhersage, die von ihren methodischen Voraussetzungen her nicht auf den Einzelfall anwendbar ist...”**

(Feldes, Thomas (2000): Rückfallprognose und Sicherungsverwahrung: die Rolle des Sachverständigen. In: Strafverteidiger 5 )

Die GutachterIn ist der entscheidende Faktor für die Anordnung einer Sicherungsverwahrung. Dabei ist ja wohl klar, dass auch die Entscheidung einer “ GutachterIn, einer PsychiaterIn, PsychologIn etc.” immer subjektiv und von verschiedenen Faktoren wie Aussagebereitschaft des Angeklagten, eventuelles nicht Schuldeingeständnis, eine Vorgeschichte oder eine fehlende Vorgeschichte und letztendlich auch Sympathie beeinflusst ist. Obwohl die so genannte “ unabhängige GutachterIn” vom Richter benannt wird, haben Untersuchungen gezeigt, dass die GutachterIn dem Staatsanwalt freundlicher zuarbeitet als der VerteidigerIn des Angeklagten.

Die Prognose, die die GutachterIn abgibt ist eine Aussage über die Wahrscheinlichkeit, ob der Gefangene nach Haftentlassung weiterhin schwere Straftaten begehen wird. Die Prognosesicherheit einer GutachterIn unterscheidet sich, egal welche Prognosemethode benutzt wird, laut Untersuchungen nicht vom Zufall.

Die überschätzte Gefährlichkeit vieler Menschen im Knast, ist im wissenschaftlichen Rahmen der Psychiatrie längst gesichertes Erkenntnis. In einem Lehrbuch der forensischen Psychiatrie von 1999 wird von einer Falscheinschätzung von 60 - 70 % ausgegangen (Rasch (1999): Forensische Psychiatrie ). Der Grundsatz “Im Zweifel für den Angeklagten” kehrt sich bei der Sicherungsverwahrung in das genaue Gegenteil. Hier wird im Zweifel gegen den Angeklagten, und im Zweifel für den “Schutz der Allgemeinheit” entschieden. Laut eines Professors namens Egg, Direktor der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden, müsse der “Straftäter” das eben so hinnehmen, immerhin hätte er sich ja selbst in so eine Lage gebracht.

Es ist nicht akzeptabel, dass aufgrund von Wahrscheinlichkeitsvorhersagen über angebliche zukünftige Straftaten, über das Leben von Menschen entschieden werden kann. Eine extrem hohe Fehlerquote bei den Prognosen und der eventuell lebenslängliche Freiheitsentzug, der massive Eingriff in die Menschenrechte der Betroffenen, machen das Geschwafel in Gesetzen, Kommentaren oder Urteilen des Bundesverfassungsgerichts um “Verhältnismäßigkeit in der Anwendung” zur Farce.

Eigentlich ist eine der wichtigsten Grundlagen eines liberaldemokratischen Rechtsstaates die, dass niemand bestraft oder eingesperrt werden kann, ohne dass er eine Straftat begangen hat. Dieser Grundsatz wird mit der Sicherungsverwahrung und seiner Anwendungspraxis obsolet.

### **Nicht nur in Deutschland**

Auch in anderen europäischen Ländern gibt es Gesetze solcher Art.

Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts gab es europaweite Diskussionen, in denen es um das lebenslange Einsperren von “Gewohnheitsverbrechern” ging. Die Reformbewegungen für die Erschaffung eines “Verwahrgesetzes” waren sehr verbreitet, auch damals wurde schon vom “Hangtäter” und von “Unverbesserlichen” und dem “Schutz der Allgemeinheit “ geredet. Obwohl die Nationalsozialisten die ersten waren, die ein “Gesetz zur Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern” erließen und später radikalisierten, sind Gesetze mit dem ideologischen Hintergrund der Reformbewegung in mehreren europäischen Ländern entstanden.

Bedauerlicherweise hat sich diese furchtbare Betrachtung des “biologischen” oder “vollendeten” Verbrechers bis heute europaweit gehalten.

In der Schweiz z.B. machte in den letzten Jahren eine Initiative von sich reden, die sich “Verwahrinitiative” nennt.

Die Initiative besteht aus zwei Frauen, die sich für eine radikale Verschärfung des momentan gültigen “Gesetzes zur Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern” stark machen. Das lebenslange Einsperren, der Wegfall der regelmäßigen einjährigen Überprüfungen, keinerlei Hafturlaub und eine erneute Überprüfung des Status des Gefangenen erst, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass der Gefangene heilbar sein könnte, sind einige der Punkte, die die Initiative fordert.

Im Februar 2005 fand eine Volksbefragung statt, 52% stimmten für die “Verwahrinitiative”. Der Bundesrat lud die zwei Frauen zur gemeinsamen Beratung für die neuen Verschärfungen des Gesetzes ein. Da sich die Frauen allerdings ignoriert fühlten und ihre wesentlichen Forderungen, nicht mit aufgenommen wurden, drohen sie erneut mit einer zweiten Initiative.

Momentan befinden sich in der Schweiz 100 Menschen in der "Verwahrung für Gewohnheitsverbrecher".

In Holland gibt es ein Projekt namens "Longstay". Wird ein gefährlicher Straftäter als psychisch „krank“ eingestuft und eine Wiederholungsgefahr festgestellt, wird dieser nach seiner Haftstrafe in eine der so genannten TBS-Kliniken der Gefängnispsychiatrie eingeliefert. Dort hat mensch sechs Jahre Zeit sich zu bewähren und ein nicht mehr so gefährlicher Mensch zu werden. Sind die sechs Jahre vorbei, und die Ärzte stellen weiterhin Gefährlichkeit und keine Veränderung fest, kann der Richter „Nichttherapierbarkeit“ feststellen und eine Überweisung zu "Longstay" vollziehen lassen. "Longstay" das ist, wie ein Insasse in einem Radiointerview auf Radio Bremen sagte: "Wie ein Gefängnis von dem der Schlüssel weggeworfen wurde". Denn wer hier sitzt, der kommt nie wieder raus. Der hat seine Chance gehabt, ab jetzt gilt er als nicht therapierbar und das war es. Auf dieser Station gibt es lediglich ein Minimum an psychologischer Betreuung wenn Probleme mit dem Alltagsleben entstehen. Eine Chance zur Therapie, um eventuell wieder herauszukommen, wird dem Insassen nicht geboten. In Holland existieren bis jetzt nur zwei von diesen Abteilungen, wobei es einige Bestrebungen gibt mehr aufzubauen. Zum einen ist es billiger die Leute in "Longstay" einzusperrern, da keine zusätzlichen Kosten für die Therapie entstehen, und zum anderen, laut einem Herrn von Marle, Gerichtspsychiater, seien angeblich 60% der Insassen der TBS-Kliniken nicht therapierbar. Andere wiederum heben eine Erfolgsquote von 80% als therapierbar und nicht rückfällig hervor. Vorerst sollen die „Longstay“-Abteilungen auf 140 Plätze erweitert werden. Bestrebungen gibt es auch, den Richter früher feststellen zu lassen, ob ein Täter therapierbar sein soll oder nicht. Die Frist von derzeit sechs Jahren soll auf zwei Jahre herabgesetzt werden. Auch die TBS-Plätze sollen bis 2006 auf 1630 erhöht werden, in den Neunzigern waren es noch halb so viele. Momentan befinden sich 60 Leute in einer "Longstay" Abteilung, weitere 60 Leute stehen schon auf der "Warteliste".

### Der Ausblick

Die neue Regierung SPD/CDU hat sich nun auf eine weitere Verschärfung der SV geeinigt. Die nachträgliche Sicherungsverwahrung soll auf Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren ausgedehnt werden. So hinterfragenswert und kritikwürdig der Begriff des "Hang zu Straftaten" und "Ausgeprägtsein" in Bezug auf "Unverbesserlichkeit" allein bei einem Erwachsenen ist, so zynisch und grausam ist nun die Überlegung, 14 -21jährige für immer einsperren zu wollen.

Die Perspektive dieses Landes scheint klar. Schneller, und immer mehr auch präventiv, möglichst viele Menschen in den Knast zu bringen. Am Ende dieser Lust am Strafen steht eine Gesellschaft der Knäste und der Bestrafung. Völlig unerheblich scheinen dabei reale Umstände zu sein, Angst wird geschaffen, Angst wird genutzt um eine jederzeit zugriffsbereite und sanktionierende Gesellschaft zu schaffen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie eine Gesellschaft bereit sein kann, die Freiheit von anderen, und damit auch ihre eigene, dermaßen mit Füßen zu treten.

Sachliche oder mehrdimensionale Diskussionen über das Thema Sicherungsverwahrung sind nicht möglich. Die Medien werden bestimmt von reißerischer Berichterstattung und Hasstiraden gegen den "Täter" Geradezu wahnhaft mutet jede Bearbeitung eines erneuten

Kindsmordes seitens der Medien und der Bevölkerung an. Es wird gezeifert, es wird geschauert um dann erneut ins gemeinsame Rachegehasber und Todesgegröhle gegen den "Täter" zu verfallen. Viele Gesetze sind auch in Hinblick auf die Lehren aus dem Nationalsozialismus geschaffen worden. Zu nennen seien hier das Recht auf Asyl, Folterverbot, Abschaffung der Todesstrafe, elementare Rechte eines Angeklagten. Viele dieser Rechte sind mittlerweile bis zur Unkenntlichkeit verändert worden, oder stehen immer mal wieder zur Debatte. Auch in der Bevölkerung scheint große Bereitschaft zu bestehen Errungenschaften, wie zum Beispiel das Folterverbot oder die Rechte eines Angeklagten, abzuschaffen oder elementar einzuschränken. Im Rahmen der medialen Aufmachung bei Sexualstraftaten, die zwar nur Einzelfälle betreffen, wird immer wieder die mangelnde Effektivität des Polizeiapparates moniert. Die Polizei würde sich an zu viele Rechte halten müssen, sei dadurch beschränkt in ihrer Arbeit, dem Täter würden sich zu viele "Schlupflöcher" (Grundrechte) bieten, das Foltern solle doch in Ordnung sein bei Abwägung der Güter (Täter-Kind) etc, etc. All diese Stimmungen und Stimmungsmache haben über kurz oder lang nur ein Ergebnis: den systematischen Abbau von Grundrechten. Auch wenn Gesetzesänderungen mit einzelnen Extremfällen begründet werden, sind diese immer so allgemein formuliert, dass möglichst viele davon betroffen sein werden. Gegen wen in der Praxis die jeweiligen Gesetze angewandt werden, hängt bei solch erweiterten Befugnissen nur noch von der öffentlichen Stimmung und der momentan herrschenden Mehrheitskultur ab.

Wichtige Bestandteile des Grundgesetzes sind oder waren der Schutz von so genannten Minderheiten und Schutz des Einzelnen vor willkürlichen Zugriff vor dem Staat. Der Sinn eines solchen Grundgesetzes ist, dass es sich eben nicht dem Mainstream anpasst, sondern auch gerade in „Krisenzeiten“ den Schutz vor den medial aufgeheizten Volksmassen garantiert. Aber gerade dieser Schutz wurde, und wird immer mehr, ausgehöhlt. Wir sind weit davon entfernt, das Grundgesetz als unsere vollendete Utopie zu feiern. Jedoch ist es genauso wenig akzeptabel, hinter die wenigen Errungenschaften zurückzufallen, und mit anzusehen, wie das Prinzip der Freiheit und des Schutzes des Individuums immer mehr im Namen der Sicherheit und der Allgemeinheit aufgegeben wird.

Umso wichtiger scheint es uns, genau dieses Thema herauszugreifen, zu thematisieren und den aktuellen Konsens zu brechen. In der momentanen Situation, könnte einem angst und bange werden, wenn der „Volkswille“ zum Tragen käme. Abschaffung elementarer Grundrechte zugunsten eines ominösen Sicherheitsgefühls welches eh nur von Privilegierten, Weißen und Deutschen definiert wird. Das so genante Sicherheitsgefühl mutiert dabei automatisch zu einer Ausgrenzung, Beobachtung und Kennzeichnung aller, die nicht der Mehrheitskultur des jeweiligen Landes entsprechen, der Normierungs- und Disziplinierungsdruck steigt.

### In diesem Sinne

**Durchbrechen wir die Sicherheit.  
Weg mit allen Zwangsanstalten  
Freedom for all prisoners**

# GERMAN Frankreich und die Riots 2005

27. Oktober

Jugendliche, die vom Fußballspielen kommen, werden von der Polizei kontrolliert. Einige von ihnen flüchten, da sie keine Ausweispapiere dabei haben. Eine Personalienfeststellung kann, so weiß man aus Erfahrung, bis zu vier Stunden in Polizeigewahrsam bedeuten.

Drei Jugendliche flüchten sich in ein Trafohäuschen. Zwei von ihnen werden durch die Stromschläge getötet, einer kann sich schwer verletzt nach Hause schleppen. Gerüchte um den Tod der beiden und die Umstände machen die erste Runde und führen zu ersten Riots, wenn auch begrenzt auf den Stadtteil der beiden Toten.

Die anfänglich breit gestreute Version es hätte sich bei den Toten um Einbrecher oder um Diebe gehandelt, wird vom Generalstaatsanwalt wieder zurückgezogen. Keiner der beiden Jugendlichen war jemals vorher auffällig geworden, die Version der Polizei erwies sich als nicht haltbar.

Weitere Riots folgten, und breiteten sich auf andere Banlieues aus. Am 31. Oktober kam es gegen Abend zu einer erneuten Konfrontation zwischen Riotern und Bullen.

Gegen 20.30 explodierte eine Tränengasbombe in einer Moschee, die ziemlich wahrscheinlich von der Polizei abgefeuert wurde, auch wenn sie dies immer mal wieder dementierte.

Die Riots griffen auf andere Städte über. In den Nächten vom 5. - 8. November kam es zu zum Teil weit mehr als 300 Festnahmen pro Nacht.

Am 8. November wurde ein Notstandsgesetz aus den sechziger Jahren reaktiviert und der Ausnahmezustand verkündet.

Dieses Gesetz wurde am 3. April 1955 beschlossen um Unruhen wegen des Algerienkrieges (1954 -1962) zu bekämpfen. Bestandteile sind Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss, Versammlungsverbot, Ausgangsverbot, Möglichkeit der Auflösung von Partys, Schließung von Bars und Theatern und Einschränkung der Pressefreiheit.

Bisher hat die Regierung von diesem weitreichenden Repressionsarsenal allerdings nur die Möglichkeit der Ausgangssperren genutzt. In fünf der 26 französischen Départements, in denen Unruhen stattgefunden hatten, wurden teils für Minderjährige, teils für alle Bewohner Ausgehverbote ab einer bestimmten Uhrzeit verhängt

Am 15. November wurde der Ausnahmezustand um 3 Monate verlängert

Viele Menschen wurden und werden in einem Schnellverfahren abgeurteilt. Diese Schnellverfahren sind höchst fragwürdig, da für den Angeklagten keine angemessene Zeit zur Prozessvorbereitung zur Verfügung steht.

In den Schnellverfahren um die Riots herum treten lediglich Polizeizeugen auf, Protokolle über Benzingeruch an den Fingern bei Festnahme scheinen zum Teil auszureichen um nach 15 Minuten ein Urteil zu fällen.

Bei derartigen Prozessbedingungen sind die Angeklagten völlig der momentan herrschenden Stimmung ausgeliefert.

Ergebnis sind Verurteilungen die ausschließlich auf Polizeizeugen basieren, keine angemessene Verteidigung

zulassen, und was noch dazu kommt, auf politischen Vorgaben basieren. Justizminister Clement erklärte, dass er die Staatsanwaltschaften angewiesen habe, im Zusammenhang mit den Riots systematisch Haftstrafen ohne Bewährung zu verlangen. In vier von fünf Verfahren werden Haftstrafen verhängt.

Vom Anfang der Riots bis zum 17. November wurden 329 Erwachsene vor ein Schnellgericht gestellt, 281 Minderjährige vor ein Jugendgericht. 271 Erwachsene und 56 Minderjährige wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Laut der Presse vom 25. Oktober gab es im Rahmen der Unruhen bisher 4750 Festnahmen. 3.200 seien auf frischer Tat ertappt und festgenommen worden, die übrigen 1.540 "im Zuge der Ermittlungen."

Die Regierung und besonders der Innenminister Sarkozy reagieren ausschließlich mit Diffamierungen und Repression auf die Jugendlichen, die Nacht für Nacht auf die Strasse gehen. Die Gründe für die Riots und die Eskalationsstrategien und Übergriffe seitens der Polizei können so größtenteils in dem Gehetze gegen das z.B. von Sarkozy in einer Talkshow am 10.11.05 so bezeichnete Pack und "Gesindel" untergehen.

Und Sarkozy hetzte immer weiter gegen die Rioter. Er verkündete, Menschen, die keine französische Staatsbürgerschaft besitzen und im Rahmen der Riots festgenommen wurden, abschieben zu wollen.

Dies solle auch jene betreffen, die eine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Sarkozy hatte 2003 noch verkündet, die so genannte Doppelstrafe abschaffen zu wollen. Es sei nicht gerecht, jemanden erst zu bestrafen und dann abzuschicken. Das käme einer Doppelbestrafung gleich. Nun verlautete das Ministerium, dass es sich nicht um ein Rückkehr der Doppelbestrafung handle weil: Es solle möglich sein, Menschen ohne französische Staatsbürgerschaft auch ohne eine Verurteilung abzuschicken.

Praxis während der Riots war es, laut Zeugenberichten, erst festzunehmen und dann in Polizeihaft zu sortieren wem man denn nun was nachweisen könne.

Das bedeutet aber nun für nichtfranzösische Menschen, die im Rahmen der Riots festgenommen wurden, eine eklatante Verschärfung ihrer Situation, da sie nicht einmal eine Straftat nachgewiesen bekommen müssen um abgeschoben zu werden. Am 16. November leitete Sarkozy die ersten zehn Abschiebungen ein.

Weiterhin verkündete Sarkozy einen Gesetzentwurf vorzubereiten, mit dem es möglich ist Familien, deren minderjährige Kinder wegen Randalen festgenommen wurden, die Sozialhilfe zu streichen. Schon 2002 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches Familien das Kindergeld entzieht wenn ihr Kind in einer der geschlossenen Anstalten / Erziehungsheim landet um "Eltern in die Pflicht zu nehmen".

Betraff es damals aber "nur" das Kindergeld des betroffenen Kindes, soll jetzt einer ganzen Familie das Geld entzogen werden.

Laut der jungle world wurde dies gegen Mitte November 2005 zum ersten Mal gemacht: "Der Bürgermeister der Pariser Vorstadt Draveil, Georges Tron, strich allen Familien, deren Kinder infolge der Unruhen verurteilt wurden, die kommunalen Sozialleistungen. Sie verlieren damit etwa die Beihilfe zur Stromrechnung, und ihre Kinder - auch die Brüder und Schwestern der Verurteilten - erhalten keine Zuzahlung zur Schulkantine mehr"

Streichung der Mittel für Stadtprojekte in den letzten 10 Jahren um 30%, keinerlei Investition in die Banlieues, dadurch ein stetiges "Verwahrlosen" dieser Wohngebiete und die

Dezentralisierung des Schulsystems (Kommunen waren fortan selbst für die Finanzierung der Schulen verantwortlich) führten zu einer stetigen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Banlieues. Seine Wohnadresse in den Banlieues zu haben, kann bedeuten, gar nicht erst zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden.

Da sich die Politikerinnen bewusst darüber waren, dass diese Politik zu Unruhen führen wird, wurde mit einer polizeilichen Krisenverwaltung reagiert.

Bekämpft wurden in den Maßnahmen und Verschärfungen niemals die beschissenen Lebensbedingungen, sondern immer die Menschen, die in diesen leben mussten und müssen.

Das Justizgesetz von 2002 griff immer weiter in das Privatleben der Menschen ein, mit immer krasserer Sanktionen. „Aggressives Betteln“ zum Beispiel mit Hunden oder zu mehreren kann seit 2002 mit Gefängnis ohne Bewährung bestraft werden.

Nachbarschaftsgerichte wurden eingeführt. Diese werden in Arbeiterinnenvierteln und sozialen Brennpunkten gegen Jugendliche eingesetzt. Mitmachen darf, wer 8 Semester Jura studiert hat und zwischen 30 und 75 Jahre alt ist. Erfahrungen mit den speziellen Problemen oder im Umgang mit Jugendlichen sind nicht nötig.

Jugendliche können seit 2002 schon mit 13 Jahren in Untersuchungshaft genommen werden oder in Erziehungsheimen interniert werden, wenn sie als Wiederholungstäter gelten. Jugendliche die ihre Lehrer beleidigen, können mit bis zu einem Jahr Gefängnis oder einer Geldstrafe von 7500 Euro bestraft werden. Lehrerbeleidigung ist somit gleichgesetzt zu Polizistenbeleidigung.

Die Riots sind auch Konsequenz aus genau diesen Lebensumständen und der ständigen Repression und Missachtung der BewohnerInnen aus den Banlieues. Verwaltung und Sanktionierung von Armut und die Betrachtung sozialer Probleme als ein sicherheitspolitisches Problem scheinen immer mehr und konsequenter die Politik Frankreichs zu bestimmen.

Der Rassismus war eine weitere nicht zu unterschätzende widerliche Komponente in der systematischen Diffamierung der Riots, in Frankreich aber auch im europäischen Ausland.

Gesehen wurden z.B. eine angebliche Stadtguerilla der Al Qaida, es wurde über das Ausbrechen einer Intifada spekuliert, die europäische Presse war tagelang erfüllt von der Angst, es könnte sich gar ein Flächenbrand daraus entwickeln. Die Heftigkeit der staatlichen Reaktionen konnte nur mit so großem gesellschaftlichem Einverständnis vollzogen werden, weil die Menschen in den Banlieues konsequent beschimpft und abgewertet wurden und werden.

Immer wieder war von Einwandererfamilien mit islamischem Hintergrund die Rede. Völlig unerwähnt blieb dabei, dass z.B. im Raum Lille die meisten Menschen, die dort vor den Schnellrichtern standen, der verarmten „weißen Unterschicht“ angehören. Ebenso häufig waren ein christlicher oder auch nichtreligiöser Hintergrund vorhanden. Mit der Interpretation von religiösem Kulturkampf geht es nur wieder um eine stete Wiederholung des seit dem 11. September so beliebt gewordenen Bildes des bösen Islamisten, der die westliche Welt überall, und vor allem fundamental, bedrohen soll.

Die Jugendlichen gingen aufgrund ihrer beschissenen Lebensbedingungen und gegen die ständige Drangsalierung durch die Polizei auf die Straße. Angegriffen wurden in erster Linie, neben den Autos, Symbole des Staates wie Schulen,

Polizeistationen und Ämter. Es soll nicht darum gehen, im Nachhinein einer emotionalen Wut eine politische Komponente zugeben, aber genauso absurd ist es, dahinter den Islam oder einen Kulturkrieg zu vermuten. Im Gegenteil, viele Imame haben sich gegen die Riots ausgesprochen.

Als es etwas ruhiger wurde, erhielt die rassistische Interpretation der Riots einen kleinen Höhepunkt.

Arbeitsminister Gérard Larcher bezeichnete die Polygamie bei Einwanderfamilien als Ursache für die Riots. Durch die Möglichkeit der Familienzusammenführung und der dadurch begünstigten „Vielweiberei“ würden Wohnprobleme geschaffen. Die Presse machte bei dieser Debatte fröhlich mit und meinte, eine moralische Unsicherheit bei Kindern aus polygamen Familien feststellen zu können, eine Wissenschaftlerin der französischen Akademie wurde zitiert, die meinte, es würden Zustände wie in einem afrikanischen Dorf herrschen und deswegen seien die Jugendlichen auch auf der Straße statt in der Schule.

Bei solch ausgekochtem Blödsinn weiß man wahrscheinlich nicht, ob man lachen oder weinen soll. Tatsache ist jedoch, dass diese Debatte auf höchster Ebene und ernsthaft geführt wird. Auf diese Weise wird die französische Mehrheitsgesellschaft aus der Verantwortung genommen und die Ursache für die Riots einfach und bequem wie so oft bei den „Anderen“ gesucht. Es ist zu erwarten, dass die extreme Diffamierung der Bewohnerinnen der Banlieues nicht sobald enden wird.

Im Gegenteil. Der Ausruf „Das Integrationsprojekt“, die „multikulturelle Gesellschaft“ sei gescheitert, kann eher als eine Kampfansage an die Menschen in Frankreich verstanden werden, die keine weiße Hautfarbe und weiße Franzosen als Eltern haben.

Das eine „wie auch immer Gesellschaft“ nicht funktioniert, wenn ein Teil dieser Gesellschaft systematisch aus Chancen und Möglichkeiten ausgeklammert wird, und das „Integration“, so fragwürdig das Konzept aufgrund seiner weißen Dominanzdefinitionsmacht für uns sein mag, niemals heißen kann und darf, dass alle zu echten Franzosen oder echten „was auch immer“ werden, ist selten oder nur in sehr leisen Tönen zu hören. Das was uns lauter anschreit, was sich durchsetzt, ist der Rassismus und eine „Zero-Tolerance-Politik die zum Kotzen ist.“



# Francia y los disturbios de 2005

27 de octubre

La policía controla a un grupo de jóvenes que viene de un partido de fútbol. Unos de ellos se huyen ya que no tienen papeles. Un control de identidad por la policía puede tener como consecuencia hasta cuatro horas de arresto. Tres de los jóvenes se huyen a una estación de eléctrica. Dos de ellos mueren de descargas eléctricas uno puede irse mal herido a casa. Los primeros rumores de la muerte se hacen conocidos y los primeros disturbios en el barrio de los dos muertos empiezan. La versión oficial del fiscal general que los jóvenes eran ladrones está revocada. Ninguno de los jóvenes había sido fichado antes, la versión de la policía no es creíble. Más disturbios empiezan en los días después y se amplían a otros Banlieus.

En el 31 de octubre hay nuevas confrontaciones entre la policía y jóvenes. A las ocho y media de la tarde una granada lacrimógena explota en un mosque. Probablemente había sido lanzada al dentro por la policía que lo sigue negando. En las noches desde el 5 hasta el 8 de noviembre había más que 300 arrestos por noche.

En el 8 de noviembre el gobierno reactivó una ley del estado de excepción de los años sesenta. El estado de excepción está impuesto.

Este ley fue aprobado en el 3 de abril en 1955 para luchar contra los disturbios debido a la guerra en Argelia. Parte de esta ley son purgaciones sin decreto de un juez, la prohibición de manifestarse, toque de queda, la posibilidad de desconectar fiestas, el cierre de bares y teatros y la limitación de las libertades de la prensa.

Hasta hoy el gobierno sólo usó de este arsenal de represión los toques de queda. En cinco de los 26 Départments, en los que había disturbios se hizo un toque de queda en unos solo para jóvenes y en otros para todas las personas después de una hora especial.

En el 15 de noviembre el gobierno prolongó el estado de excepción hasta un periodo de tres meses. Mucha gente fue juzgada en tribunal de urgencia. Estos tribunales de urgencia son muy cuestionables porque no hay suficiente tiempo para los acusados para preparar el proceso.

En estos casos de tribunal de urgencia sólo hay testigos por parte de la policía. Protocolos que dicen que los dedos olian de petróleo son suficientes para una condena después de quince minutos de tribunal. En estas condiciones de juicio los acusados están en las manos del discurso de mano dura.

Resultan condenaciones que solamente se basan en testimonios policiales, no hay defensa adecuada y se basan en pautas políticas. El ministro de justicia Clement dijo que había avisado a los fiscales que debían exigir para los acusados en el pretexto de los disturbios sistemáticamente penas de prisión.

Desde el principio de los disturbios hasta el 17 de noviembre 329 adultos fueron juzgados por un juicio sumarísimo y 281 jóvenes por el juzgado para jóvenes. 271 adultos y 56 jóvenes fueron condenados al cárcel.

Según la prensa del 25 de octubre había 4750 arrestos durante los disturbios. 3.200 eran cogidos con el huerto en las manos y el resto de 1.540 debido a las investigaciones.

El gobierno y sobre todo el ministro del interior Sarkozy reaccionaba solamente con difamaciones y represión a los jóvenes que iban cada noche a la calle.

Los razones de los disturbios, los estrategias de escalación y intrusiones por la policía quedan más o menos oscuros delante de las provocaciones de p.e. Sarkozy quien atribuyó las palabras « la baraja » y « la crapula » a los jóvenes.

Y Sarkozy nunca ha parado de provocar contra los jóvenes. Publicó que la gente arrestada durante disturbios sin papeles francesas iba a ser expulsada. Esto valía también para personas con permiso de residencia.

En 2003 Sarkozy todavía publicó que quería abolir la así llamada pena doble que es la pena del juicio y la expulsión después. Ahora el ministerio ha publicado que las nuevas reglas no sean una vuelta a la pena doble porque debía ser posible expulsar gente sin papeles francesas sin juicio.

La práctica durante los disturbios era arrestar en primero y después clasificar a quien es posible probar algo. Pero esto significa para la gente sin papeles que fue arrestada durante los disturbios una gran agravación de su situación porque no es necesario que la policía le probara algo para ser expulsada.

En 16 de noviembre Sarkozy empezó con los primeros diez expulsiones. Además Sarkozy publicó que iba a preparar un nuevo proyecto de ley para que fuera posible a quitar a familias con hijos menores de edad la asistencia social.

Ya en 2002 una ley fue impuesto que quita el subsidio familiar a familias cuando su hijo venga a un reformatorio o cárcel, para mostrar los padres sus obligaciones.

A esta fecha "solamente" era el subsidio familiar, hoy quieren quitar a las familias todo el resto de dinero.

Según el periódico "jungle world" esto pasó la semana pasada por primera vez. El alcalde de la periferia de Paris Draveil. Georges Tron, quitó a todas las familias quienes hijos habían condenado a consecuencia de los disturbios la asistencia social comunal. Pierden la asistencia para pagar la cuenta de electricidad y hijos, también los hermanos y hermanas de los condenados no reciben más asistencia para pagar la cantina de la escuela.

La supresión de los gastos para proyectos comunales de 30% en los últimos diez años, ninguna inversión en los Banlieues y el abandono de estos barrios como consecuencia, la descentralización del sistema de escuela (los comunes tienen que pagar los escuelas) producían una deterioración constante de las circunstancias de vida en los Banlieues. Tener una dirección en las Banlieues significa normalmente no ser invitado a una entrevista.

Debido al asunto que los políticos eran conscientes que su manera de actuar con los Banlieues va a producir disturbios se reaccionó con una forma de manejar la crisis con medidas políticas. Estas medidas nunca eran dirigidas contra las malas condiciones de vida sino siempre contra las personas viviendo en estas malas condiciones.

El ley de justicia de 2002 afectó la vida privada de las personas viviendo en los Banlieues bastante fuerte. „Mendigar agresivo“ por ejemplo con perros, puede ser sancionado desde 2002 con prisión sin libertad condicional.

Juzgados de vecindad que están usados contra los jóvenes de barrios proletarios han sido introducidos. Se puede trabajar en estos juzgados después de haber estudiado 8 trimestres de

derecho y hay que tener entre treinta y setenta años. Experiencia con los problemas especiales del barrio o con el trato de jóvenes no son necesarios.

Desde 2002 jóvenes, a partir de la edad de 13, pueden ir a detención preventiva o ser encarcelados en reformatorios si son fichados como reincidentes. Jóvenes que insultan a sus profesores pueden ser condenados a hasta un año de cárcel o una multa de 7500,- €. Insultar a un profesor tiene la misma gravedad como insultar un policía.

Los disturbios son la consecuencia de estas circunstancias de vida, la represión permanente y el desprecio a los habitantes de los Banlieues. Pobreza está administrada y sancionada, los problemas sociales sólo están vistas como problemas de seguridad y parecen a destinar la política francesa.

El racismo ha sido un parte asqueroso que no se puede subestimar en la difamación de los disturbios en Francia y también en otros países europeos. Se hablaba de una Guerilla urbana de Al Qaeda y se especulaba de la erupción de una Intifada. Por días la prensa Europea era llena del miedo que se podría desarrollar una situación similar en todo Europa.

Solo así, insultando y despreciando la gente de los Banlieues se podía legitimar la fuerza de los reacciones del estado. Siempre se hablaba de familias inmigrantes con un contexto musulmán ignorando el asunto que por ejemplo en Lille la mayoría de la gente condenada en juicios sumarísimos eran miembros de la clase baja "blanca" empobrecida. Con la misma frecuencia había un contexto cristiano o non-religioso. La interpretación como batalla entre las culturas y religiones es solo la repetición permanente de la visión muy popular desde S11 del islamista mala amenazando el mundo occidental. Los jóvenes iban a la calle debido a sus malas condiciones de vida y el maltrato permanente por la policía. En primer línea se atacaba fuera de coches símbolos del estado como escuelas, estaciones de la policía y instituciones.

La idea de este texto no es forzar a esta rabia una componente política pero es muy absurdo suponer algo como motivos islamistas o la batalla de los culturas. Al opuesto, muchos Imames y otros autoridades musulmanes intendian a parar los disturbios. Cuando la situación se hizo más tranquilo la interpretación racista tenía una climax.

El ministro de trabajo Gérard Larcher dijo que la poligamia estuviera Responsable de los disturbios. Dijo que la posibilidad de juntar los alegados de otros países como favorecimiento de la poligynia alimentaba los problemas de la vida en los Banlieues.

La prensa cojió este debate y supuso que los hijos de familias poligamas eran moralmente más inseguros. Una científica de la academia francesa fue citada que había una situación en los Banlieues como en un pueblo de Africa y por eso los niños iban a la calle y no a la escuela.

Sobre estas tonterías no se sabe llorar o reirse. Pero la realidad es que esto se sigue discutiendo entre los autoridades más altas en serio. De esta manera se alivia la mayoría de la sociedad francesa de la responsabilidad y se puede comfortablemente buscar las razones de los disturbios entre "los otros". Está muy claro que no se va a parar con el desprecio de los habitantes de los Banlieues dentro de poco.

#### Al opuesto:

El lema que „El proyecto de la integración“ y la „sociedad multicultural“ había fracasado hay que entender como reto a los seres humanos en Francia que no tiene el color de piel blanco.

Lo que casi nunca se anuncia es el hecho que una sociedad, que sistemáticamente excluye a una parte de su propia población de sus oportunidades y posibilidades simplemente no funciona. Así mismo casi no se oye que el concepto de la "integración" no puede significar que todas tengan que ponerse

## France and the 2005 Riots

October 27th, 2005

Teenagers coming from a football match are controlled by the police. Some of them flee, because they don't have ID's with them. An ID-check can, they know it from their everyday experience, mean 4 hours at the police station.

Three of the teenagers flee into a electrical sub – station. Two of them die electrocuted, one can make it to his home severely injured.

Rumours about the deaths begin to spread and result in a first riot, though limited to the dead boys' neighbourhood.

The version given by the attorney general in the beginning that the two were burglars or thieves is taken back. None of the two teenagers had been charged with anything or convicted ever before, the police's version was untenable.

More riots followed and spread to other banlieus (suburbs).

On the evening of Oct. 31st it came to further confrontations between rioters and cops. Around 8:30 pm. a tear-gas-grenade exploded in a mosque, that in all probability was fired by the police, although they denied it several times. The riots spread to other cities, too. In the nights between Nov. 5th and 8th there have been more than 300 arrests a night.

On Nov. 8th an emergency law from the 50's is reactivated and state of emergency is declared.

This law had been introduced Apr. 3 1955 to fight unrest during the war in Algeria (1954-62). It includes house-searches without a judge's order, assembly ban, curfew, the possibility to end parties, close bars and theatres, limitations to the freedom of press, etc. So far the government, out of this wide arsenal of repression, has only made use of curfews. In five of the 26 french 'départements' (administrative districts) in which riots occurred, curfews were imposed from a certain time in the evening on, partly for minors, partly for all people. On Nov. 15 state of emergency has been prolonged for three months.

Many people have been and are convicted in summary proceedings. These summary proceedings are highly questionable because they don't give the accused enough time to prepare for the process. In the summary proceedings concerning the riots only police witnesses appear, a protocol about the smell of gas on fingers when arrested seem to be sufficient to pronounce a judgement after 15 minutes of trial. Under such circumstances the accused are completely at the mercy of the currently prevailing sentiment.

The results are convictions solely based on police witnesses, that do not allow an appropriate defence, and that moreover respond to political requirements. Minister of justice Clement declared that he ordered the attorney's offices to systematically demand imprisonment without probation in connection with the riots. In 4 of 5 trials the sentence is imprisonment.

From the beginning of the riots to Nov. 17th, 329 adults have been brought to trial under summary proceedings, 281 minors in juvenile courts. 271 adults and 56 minors have been sentenced to prison. According to the press from Nov. 25th, so far there have been 4750 arrests in connection with the riots. 3200 were 'caught in the act' and arrested, the remaining 1540 „in the course of investigations“.

The government, and especially Minister of the interior Sarkozy responded solely with defamations and repression to the youths who night after night come out to the streets. The reasons for the riots, the strategy of escalation and the assaults by the police can that way be drowned out by the agitation against what e.g. Sarkozy called in a talkshow on Nov. 10th scum and thugs.

And Sarkozy goes on agitating against the rioters. He declared to want to deport people who are not french citizens and who have been arrested during the riots. This concerns also those who have a residence permit. Sarkozy had in 2003 declared that he wanted to abolish the so called 'double peine' (double punishment). It would not be just to first punish someone and then to deport him because this would mean to punish him twice. Now the ministry of the interior announces, that it is not a matter of returning to the double punishment, because it shall be possible to deport people without french citizenship even without a conviction. During the riots the common practice according to witnesses was to first arrest and then in police custody to sort out who could be proven to have done what. For people without french citizenship arrested during the riots this means a blatant aggravation of their situation, because it does not have to be proven that someone has committed any punishable act to be deported. On Nov. 16th Sarkozy initiated the first 10 deportations.

Furthermore Sarkozy declared that he prepared a law-proposal that would make possible to cut social aid for families whose minor kids have been arrested for rioting. Already in 2002 a law has been adopted that deprives families of child allowance if their kid ends up institutionalised, in order to „oblige parents to fulfil their duty“. Whereas then only the child's child-allowance was concerned, now the whole family's money is supposed to be cut. According to Jungle World, this happened for the first time last week: „The mayor of the parisian suburb Draveil, Georges Tron, withdrew communal allowances for all families of kids convicted in connection with the riots. So they lose grants for their electricity-bill and for the kids' and their brothers' and sisters' school-lunch.

The cutback for urban projects by 30% in the last ten years, no investment in the suburbs and thus a constant dilapidation and neglect of these housing-areas and the decentralization of the school-system (the municipalities were given the responsibility to finance schools themselves) lead to a constant deterioration of living conditions in the suburbs. To have an address in the suburbs can mean not even to be invited to a job-interview.

As the politicians were aware of the fact that this policy will lead to unrest, they reacted with crisis management by the police. It was the people, not the shitty living conditions under which they have to live who were fought by these measures and tightening of laws etc. .

The reformed penal code from 2002 further intervened in people's private lives, with ever more blatant sanctions. „Aggressive begging“ for example with dogs or in groups can be punished with prison without probation.

„Neighbourhood-courts“ have been established. These are used

against youths in working-class districts and social hotspots. Those who participate in them have to have studied law for at least 8 semesters and be between 30 and 75 years. Experience with the specific problems of youths or in dealing with them is not necessary.

Since 2002 minors can be imprisoned on remand from the age of 13 or institutionalised in youth centres if considered repeat offender. Youths who insult their teachers can be sentenced to up to 1 year in prison and or a fine of 7500 €. Insulting a teacher is thus equated with insulting a policeman in office.

The riots are also a consequence of these living conditions and the constant repression and contempt towards the inhabitants of the banlieus. Administering and sanctioning poverty and regarding social problems as problems of security policy seem to determine more and more french politics.

Racism has been a disgusting component that is not to be underestimated in the systematic defamation of the riots in France and abroad in Europe. For example an alleged urban guerrilla of Al Qaida was imagined, there were speculations about the outbreak of an intifada and the european press was filled for days with the fear that the unrest could spread out.

The sharpness of the state's reaction could only occur with such large public approval because the people in the suburbs have constantly been insulted and disparaged. Again and again immigrated families with islamic background were an issue, but it remained completely unmentioned that e.g. in the area of Lille most people who went on trial were from the poor „white working-class“. Just as often there was a christian or non-religious background. What the interpretation in terms of a clash of religious cultures was about is the repetition of the image so popular since Sep. 11th of the evil Islamists that pose a threat to the western world.

The youths were on the streets because of their shitty living conditions and the constant harassments by the police. The targets were primarily, apart from cars, symbols of the state like schools, police stations and public offices.

This is not about afterwards adding a political component to emotional anger, but it is absurd as well to suspect radical Islam or a war of cultures behind the event. On the contrary, many imams spoke out against the riots.

When the situation calmed down a little bit, the racist interpretation of the riots reached a first climax when minister of work Gérard Larcher claimed that polygamy was a cause of the riots. The possibility of family reunion that favoured polygamy would cause problems with housing. The press eagerly took part in this debate and thought to detect a moral insecurity of kids from polygamous families. A scientist of the academie francaise was cited who said that some families behaved like in an african village and that this was why the kids were on the streets instead of in school.

You don't know whether such nonsense should make you laugh or cry, but fact is that this is debated seriously and on the highest levels.

This way the responsibility is taken off the mainstream french society, and the reasons for the riots are as usually – simple and comfortable- looked for on the side of „the others“. It can be expected that the extreme defamation of the inhabitants of the banlieus is not to end very soon. On the contrary: The assertion that the project of integration, of a „multicultural society“ has failed can rather be read as a 'declaration of war' towards all the people in France who do not have white skin and white

# Für eine Gesellschaft ohne Zwangsanstalten ! Sylvester zum Knast !

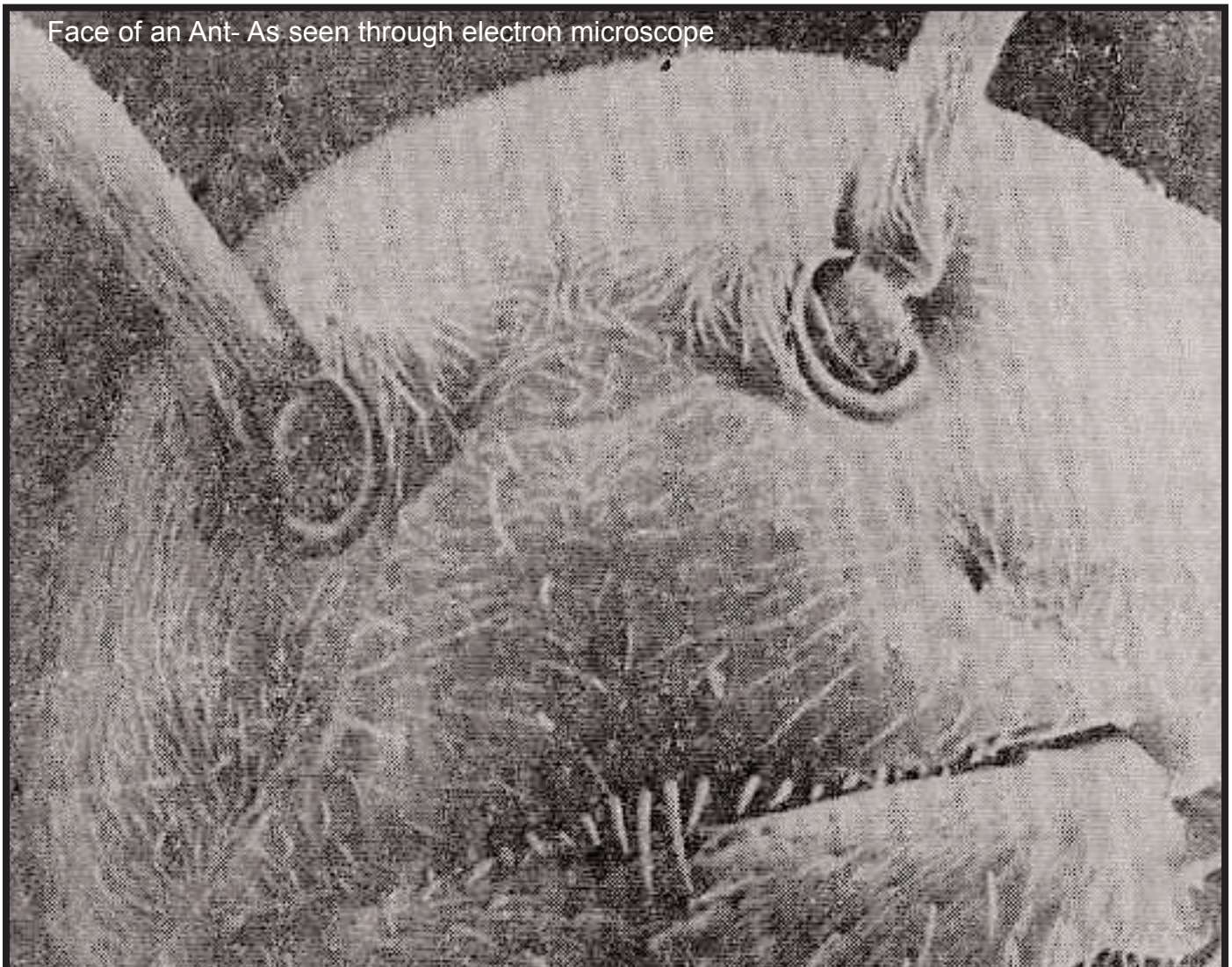
Auch dieses Jahr findet wieder eine Sylvesterdemo zum Knast Moabit statt. Wir rufen alle Menschen dazu auf mit uns gemeinsam Für eine Gesellschaft ohne Knäste zu demonstrieren und den Gefangenen unsere Solidarität zu zeigen.

Kommt alle am 31.12.05 / 23.15h / U-bhf Turmstrasse

Inhalt:

Knast und Repression	2-3	Die Sicherungsverwahrung	12-14
Prison et répression	4-5	Frankreich und die Riots 2005	15-16
Prison y Repression	6-7	Francia y los disturbios de 2005	17-18
Prison and Repression	8-9	France and the 2005 Riots	18-19
türkisch	10-11		

Nach einer Untersuchung des kriminologischen Forschungs-instituts Niedersachsen glauben die Menschen in Deutschland, dass die Zahl der Morde zwischen 1993 und 2003 um 27% zugenommen hat und die Zahl der Sexualmorde um 260 % gestiegen sei.



Mit der Realität haben solche Zahlen wenig zu tun. Laut Kriminalstatistik geht die Zahl der Morde seit Jahren zurück, bei den registrierten Sexualmorden und Sexualmordversuchen sank die Zahl zwischen 1981 und 2004 von 81 auf 26 Fälle. 80% der Fälle von sexuellem Missbrauch im europäischen Raum finden in Familien oder im Bekanntenkreis statt. 5% der Anzeigen bei den Sexualstraftaten betreffen die Fälle mit Mord die in den Medien gerne gehypt werden. 60-70% der Morde an Kindern werden von Familie und engeren Bekannten verübt, und nicht vom fremden Mann am Spielplatz.